

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung

Heft 1/2014

Editorial

Die Feminisierung der Sprache hat die Raubaukin und die Vorständin erzeugt, während sich zu Mitgliedern noch immer keine „Mitgliederinnen“ gesellen. Aber wird der Vollpfosten – das unlängst von der Duden-Redaktion aufgenommene Substantiv – ohne weibliches Pendant bleiben können? Was ist sprachlich und damit politisch korrekt bzw. inkorrekt? Die Beispiele zeigen, dass die Diskussion über Political Correctness (PC) tief in der gesellschaftspolitischen Debatte verwurzelt ist. Aus diesem Grund nimmt das vorliegende Heft ausgewählte Aspekte dieses ebenso zeit- wie uferlosen Themas in den Blick.

Die Politikwissenschaftlerin *Gudrun Hentges* stellt einleitend die Entwicklung und die Begriffsgeschichte der PC dar. Den Einfluss der Medien auf die Diskussion – insbesondere der neuen Medien – beschreibt der Redakteur der Rheinischen Post, *Gregor Mayntz*. Der ehemalige taz-Redakteur *Daniel Haufler* fragt u. a., ob das Binnen-I bei denen, die sich darüber ärgern, als eine Art Stolperstein zum Nachdenken anregen kann. *Anna Klein* geht in ihrem Beitrag der Frage nach, in welcher Form Alltagsrassismus sicht- und spürbar wird. *Johannes Schillo* analysiert, was hinter der Islamkritik steckt und zeigt, wie ideologisch die Auseinandersetzung mit „dem Islam“ ist. *Dirk Schulze* beleuchtet die genderspezifischen Aspekte der Debatte um politische Korrektheit. Wie im Alltag weiterhin mit Nazi-Begriffen umgegangen wird und inwieweit dabei sensible Wachsamkeit schwindet, thematisiert *Thorsten Eitz*. In der Didaktischen Werkstatt zeigt *Alice Lanzke*, wie verbreitet „politisch inkorrekte“ Hassseiten im Internet sind und gibt Hinweise, wie diesen entgegengewirkt werden kann.

Tim Engartner und Klaus-Peter Hufer

Zeitung

Bundesregierung verzichtet auf Extremistenklausel von Projektinitiativen gegen Rechtsextremismus 4

Political Correctness – Ist korrekt auch immer gut?

Fachbeiträge

Gudrun Hentges
Geschichte und Intention der Political Correctness 6

Gregor Mayntz
PC und Medien 10

Daniel Haufler
Die Debatte um das große „I“ 12

Anna Klein
Rassismus im Alltag – oder: Rassismus ist Alltag 13

Johannes Schillo
Wie viel Islamkritik ist erlaubt? 16

Thorsten Eitz
„Belastete Wörter“ 17

Dirk Schulze
Wirkliche oder willkürliche Wirklichkeit?
Die Geschlechterfrage zwischen Wissenschaft,
Politik und Ideologie 19

Didaktische Werkstatt

Alice Lanzke
„Political Incorrect“ – Hass im Internet 22

Verbandspolitische Rundschau

Aus der „Verbandspolitischen Rundschau“ wird
„DVPB aktuell“ 26

Informationen, Planungen, Aktionen und Berichte:

Bremen: Zweites „Bremer Gespräch zur Politischen
Bildung“ 27

Nordrhein-Westfalen: Mitgliederversammlung 28

–: Landesforum 2013 28

Brandenburg: Mitgliederversammlung 29

–: Juniorwahl parallel zur Landtagswahl 2014 29

Thüringen: Themenschwerpunkt 2014:
Partizipation 29

–: Zum fünften Mal Abiturpreis ausgeschrieben 29

–: Kooperationsveranstaltung mit
Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ 30

Bayern: Jahrestagung zum Themenkomplex
„Wahlen – Jugend – Medien“ 30

Sachsen-Anhalt: Gute Vorzeichen für
Verbandspolitik 31

Niedersachsen: Tagungsbericht: Das
„Supergedenkjahr“ 2014 31

Magazin

Rezensionen 32

Vorschau/Impressum 34

Bundesregierung ersetzt Demokratieerklärung von Projektträgern

Berlin. Am 31. Januar haben die Bundesminister Manuela Schwesig (SPD) und Thomas de Maizière (CDU) folgende Erklärung abgegeben:

„Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesministerium des Innern (BMI) haben sich bei den Bundesprogrammen ‚Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken‘, ‚Initiative Demokratie Stärken‘ und ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ auf eine neue Handhabung der Zuwendungsbescheide verständigt. Anstelle der bisher eigenhändig zu unterzeichnenden Demokratieerklärung (sog. Extremismusklausel) wird zukünftig im Zuwendungsbescheid an die geförderten Träger klar geregelt, dass keine Steuergelder an extremistische Organisationen oder Personen gehen dürfen. Auf die daraus resultierenden Anforderungen an Personen und Organisationen, die zur inhaltlichen Durchführung von Projekten herangezogen werden, wird in einem Begleitschreiben hingewiesen. Damit wird erreicht, dass die Empfänger staatlicher Fördermittel weiterhin ihrer Verantwortung bei der Auswahl ihrer Kooperati-

onspartner gerecht werden, so dass niemand mit Steuermitteln unterstützt wird, der sich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt.“

Frau Schwesig begründete am Tag zuvor im Bundestag: „Wir dürfen die Leute, die sich engagieren und die wir in unseren Sonntagsreden loben, nicht unter Generalverdacht stellen.“ Die Süddeutsche Zeitung (1.2.12) wertete dann auch die neue Verfahrensweise als „Erfolg“ für die neue Bundesministerin. Auch Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung begrüßte sie: „Der Wegfall der sogenannten Extremismusklausel war überfällig.“ Nun komme es darauf an, die Bundesförderung von Initiativen gegen Rechtsextremismus endlich zu verstetigen und auszubauen.

Während die Zustimmung zu abgeschwächten Demokratieerklärung weit verbreitet ist, stellt sich nur das Bundesland Sachsen quer. Initiativen, die Gelder aus landeseigenen Fördertöpfen beziehen, müssen sich weiterhin mit ihrer Unterschrift zum Grundgesetz bekennen. Nun versuchen allerdings säch-



Die neue Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ist zuständig für die staatliche Förderung von Projekten gegen den Rechtsextremismus.



Im Geschäftsbereich des neuen Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière liegt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Zeitung

sische Initiativen juristisch gegen diese „Sachsenklausel“ vorzugehen. Zum Beispiel das Ökumenische Informationszentrum Dresden hat Klage vor dem Verwaltungsgericht eingelegt: „Wir wollen das die Regelung abgeschafft wird“, sagt deren Geschäftsführerin Annemarie Müller. Und Steffen Richter, Vorsitzender des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Pirna meint: „Wir finden, dass Demokratie gerade eben nichts ist, wozu ich mich auf einem Stück Papier verpflichten kann, sondern Demokratie ist ein Prozess und nichts Feststehendes“.

vO

Stellungnahme des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB): 1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung

Im Sommer 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) nimmt das Gedenken an dieses Ereignis zum Anlass, den Weltkrieg und seine Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess in den Mittelpunkt seiner politischen Bildung zu stellen.

Mit dem Jahresthema „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ soll dabei weniger das historische Ereignis im Fokus stehen, sondern ausgehend von der Katastrophe des Ersten Weltkriegs soll der Zeitraum dieser einhundert Jahre zusammenhängend betrachtet werden, da das Zusammenwachsen Europas und die Entwicklung der Europäischen Union nur vor diesem Hintergrund zu verstehen sind.

Die neuartige Qualität des Krieges, die vor allem durch die Industrialisierung und den massiven Einsatz von Kriegsmaschinen, wie z. B. Kanonen und (Giftgas-) Granaten, Flugzeugen, Unterseebooten und Panzerwagen, zum Ausdruck kam, führte durch die nicht mehr vorhandene Trennung von Zivilbevölkerung und Militärgesellschaft zu einem „totalen Krieg“, der am Ende ei-

ne unvorstellbar hohe Zahl an Kriegsverletzten, Kriegstoten und Opfern in der Zivilbevölkerung forderte.

Die Kriegsbegeisterung, wie sie Teilen der Bevölkerung vor 1914 zugeschrieben wird, ist in den demokratischen Gesellschaften Europas von heute nicht mehr nachvollziehbar. Dennoch sind auch in jüngerer Vergangenheit Kriege in Europa geführt worden, die in der Bevölkerung geduldet oder unterstützt wurden und gegen die sich kein breiter gesellschaftlicher Protest erhoben hat. Beispiele dafür sind die Balkankriege oder auch die Bürgerkriege in Nordirland und dem Baskenland.

Die Vereinigung Europas und eine damit grundlegend verbundene europäische Friedenspolitik dürfen nicht von nationalpopulistischen Parolen geleitet sein, sondern müssen in Gedächtnis und in Verantwortung vor dieser Geschichte immer wieder neu die Frage stellen, wie und womit Frieden im umfassenden Sinne gefördert werden kann. [...]

Dazu haben auch die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung ihren Beitrag geleistet. Sie haben Werte wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Bil-

dungsarbeit gestellt, auf nationaler und auf europäischer Ebene. Mit zahlreichen internationalen Jugendbegegnungen und Projekten, z. B. mit Frankreich, England und Polen sowie vielen weiteren europäischen Ländern, haben sie Gelegenheiten geschaffen, dass sich vor allem junge Menschen über die Grenzen hinweg begegnen und zentrale Anliegen des friedlichen Miteinanders bearbeiten. Die politische Bildung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen und kritischen Zivilgesellschaft, deren Vorhandensein geradezu Voraussetzung für die Realisierung eines umfassenden und nicht nur auf Europa bezogenen Friedensprojekts ist.

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit den beiden Weltkriegen sowie mit deren politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Folgen eine zentrale Herausforderung, um einen wirksamen Beitrag zur (globalen) Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen einer Gesellschaft zu leisten, die in der Lage ist, Konflikte friedlich und unter Verzicht auf Gewalt zu lösen.

Der AdB regt die Träger politischer Bildung an, die Angebote historisch-politischer Bildung weiter auszubauen, zentrale Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur – zu der wesentlich auch die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gehört – verstärkt zu thematisieren und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen. Die Vermittlung der Bedeutung von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage für eine wirkungsvolle Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte stellen ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit dar.

*Beschluss der
Mitgliederversammlung
des AdB 2013*



Romanheft aus dem 1. Weltkrieg:
Die Idealisierung des Tötens im Grabenkrieg

„Political Correctness“

Geschichtliche Hintergründe, Intention und Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland

von Gudrun Hentges



Dr. Gudrun Hentges ist Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda.

In den späten 1980er Jahren ist die PC-Debatte in der deutschsprachigen Presse angekommen. Ab Mitte der 90er Jahre erschienen die ersten deutschsprachigen Bücher zu dem Thema. Titel wie „Politische Korrektheit in Deutschland: eine Gefahr für die Demokratie“ oder „Die Diktatur der Guten“ lassen erahnen, dass deren Verfasser/innen der aus den USA kommenden Bewegung der „Political Correctness“ skeptisch bis feindlich gegenüberstehen.¹ So hat beispielsweise Klaus Rainer Röhl Mitte der 90er Jahre unter dem Titel „Deutsche(s) Phrasenlexikon“ ein Lexikon publiziert. Einleitend schreibt der ehemalige Konkret-Herausgeber, der nach seiner Trennung von Konkret eine politische Kehrtwende vollzogen hat:

„Alle hier genannten Sprachverrenkungen und Neusprech-Wörter, also alles Gerede, alle hohlen Worte, bloßen Worte, nichts als Worte, alle(r) Wortmacherei, Wortschwall, Wortgeklingel, Wortgebimmel, Wordunst,

Wortschaum, Schaumschlägerei, alles Blech, Flausen, Geschmuse, Geseire, Geschwätz, Gequassel, das leere Stroh, Spreu, Kaff, Quark, ‚Schall und Rauch‘ (Goethe), also alle Phrasen, die hier aufgeführt sind, wurden mit übergeordneten Begriffen umschrieben (...).“

Die Zeitung „Die Welt“ titelte am 26. November 2013 „Und plötzlich verteidigt man Political Correctness“ und die österreichische Zeitung „Die Presse“ befasste sich am 1. August 2009 mit dem Thema unter dem Motto „Political Correctness. Was man nicht sagen darf“. Wenige Tage nach Erscheinen des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ ergriff die „Bild-Zeitung“ am 4. September 2010 Partei für Thilo Sarrazin und titelte: „Bild kämpft für Meinungsfreiheit. Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.“

Ausgehend von der Prämisse, „(d)ie politische Korrektheit und das Gutmenschen-tum“ seien heute überall in den Medien dominant, wurde als Speerspitze der Kritik an der „Political Correctness“ Anfang 2006 der Blog „Politically Incorrect“ (siehe den Beitrag von Alice Lanzke in diesem Heft) ins Leben gerufen. Dessen Redakteure haben es sich zur Aufgabe gemacht, die „Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne von politischer Korrektheit durch Medien und Politik“ in den Blick zu nehmen. Somit will der Blog „Tabuthemen auf(zu)greifen, (...) die dem subtilen Diktat der politischen Korrektheit widersprechen“.²

Begriffsgeschichte von Political Correctness

In der Literatur finden sich widersprüchliche Einschätzungen zur begriffsgeschichtlichen Entwicklung.

Richard Feldstein datiert die Entstehung des Begriffs „politically correct“ auf die späten 40er Jahre:

Fachbeitrag

„the phrase was employed to mock those who unthinkingly took the official party line without considering the consequences of their actions. Political correctness originally had a moral connotation when employed by Jews to condemn members of the communist Party who sided with Hitler.“³

Jens Kapitzky geht davon aus, dass der Begriff Political Correctness ursprünglich aus dem Wortschatz orthodoxer linker Gruppen in den USA entstamme. Im Umfeld der orthodoxen Linken sei der Begriff Political Correctness als eine Form der Selbstbeschreibung verwandt worden – im Sinne einer Übereinstimmung der politischen Position eines Gruppenmitglieds mit dem jeweiligen politischen Programm.⁴

Deborah Cameron führt den Terminus zurück auf eine Übersetzung der Mao-Bibel:

„The ‚mocking‘ tone also attached to the Communist Party’s ‚correct lineism‘: a ‚correct lineist‘ was a comrade whose holier-than-thou espousal of party dogma made other comrades want to spit. The terms ‚politically correct‘ and ‚politically incorrect‘ were used as in-group markers and understood by insiders as a joke at their own expense.“⁵

Im Zuge einer Bedeutungsverschiebung wurde der Begriff in den 70er-Jahren vorwiegend für eine ironisch-distanzierte Beschreibung verwendet. Als „politically correct“ wurden fortan jene Personen innerhalb des linken Spektrums charakterisiert, die apodiktisch an alten ideologischen Überzeugungen festhielten. Die Verwendung des Terminus „politically correct“ im Umfeld der unorthodoxen Linken diene somit zur Charakterisierung von linientreuen Ideologen – verbunden mit der eigenen Distanzierung gegenüber solch orthodoxen Einstellungen.⁶

In Anlehnung an das Merriam Webster’s Collegiate Dictionary kann Political Correctness definiert werden als „eine Anpassung an die Idee, dass Ausdrücke und Handlungen, die politische Sensibilitäten (etwa bezogen auf Geschlecht oder Rasse) verletzen könnten, eliminiert werden sollten.“⁷

Laut Sabine Wierlemann liegt die thematische Vielfalt des Phänomens Political Correctness und dessen Sprachge-

brauchswert in der Bedeutungsänderung begründet, die der Begriff in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.⁸ Unter Politische Korrektheit versteht sie einen Sprachgebrauch, der sich auszeichnet durch eine besondere Sensibilisierung gegenüber Minderheiten und der positiv anknüpft an Prinzipien der Anti-Diskriminierung.

Der Begriff wurde durch eine gezielte konservative Einflussnahme auf den Sprachgebrauchswert besetzt. Andererseits fehlt eine umfangreiche Analyse der Begriffsbesetzung und Instrumentalisierung. Gleichfalls mangelt es im links-liberalen Spektrum an einer Distanzierung von der Fremdbezeichnung PC. Infolge dieser Begriffsbesetzung wird PC heute gleichgesetzt mit Indoktrination, Kontrolle und Zensur.

PC und die Sozialen Bewegungen in den USA

Wie ist der Begriff „Political Correctness“ bzw. dessen Abkürzung P.C. entstanden und wie hat er sich verändert? Die Antwort auf die Frage nach den Ursprüngen dieses Anglizismus führt – das ist nicht verwunderlich – in die USA, und zwar zu den Sozialbewegungen des 20. Jahrhunderts, die vor allem in den 1960er Jahren eine große Wirkungskraft entfaltet haben: die Bürgerrechtsbewegung, die Frauenbewegung, die Lesben- und Schwulenbewegung.

Zentral für das Verständnis des Begriffes und dessen Konzeption ist die Sensibilisierung für Sprache und die Sprachkritik. So ist die US-amerikanische Civil Rights Movement angetreten, um die Rassentrennung und -diskriminierung in den USA zu bekämpfen. Neben dem Kampf der schwarzen Minderheit gegen die rechtliche Diskriminierung verfolgte die CRM auch das Ziel einer Sensibilisierung für die alltägliche Diskriminierung. Parallel zu den politischen Aktionen rückte auch die Sprache in das Zentrum des politischen Interesses. Schwarze Bürgerrechtler/innen machten in ihrer politischen Arbeit darauf aufmerksam, dass Kolonialismus und Sklaverei Sprache und Sprechen geprägt haben. Das Wissen um koloniale Traditionen führte zu einer erhöhten sprachlichen Sensibilität

und zu einer Sprachkritik. So wies z.B. Martin Luther King auf den diskriminierenden Sprachgebrauchswert, auf rassistisch motivierte Diskriminierung und auf den Gebrauch von Schimpfwörtern hin. Ein Beispiel war die Bezeichnung „nigger“, eine Bezeichnung, die zu Sklavenhalterzeiten ein degradierender Ausdruck für leibeigene Sklaven war. So wurden Begriffe, deren Wurzeln in die Zeit der Sklaverei zurückreichen, als rassistisch zurückgewiesen.

Neben der Bürgerrechtsbewegung ist die US-amerikanische Frauenbewegung als weitere wichtige Sozialbewegung des 20. Jahrhunderts zu benennen, die mit „Political Correctness“ in Verbindung gebracht werden. und Frauen wurden fortan auch in die Affirmative Action Programme aufgenommen. Ausgedehnt wurde der „Civil Rights Act“ ab 1972 auf öffentliche Arbeitgeber; ab 1978 umfasst das Diskriminierungsverbot auch Diskriminierung aufgrund von Schwangerschaft und verbale sexuelle Belästigung.

Die US-amerikanische Frauenbewegung verfolgte somit einerseits das Ziel einer Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, andererseits wollte sie ein gesellschaftliches Bewusstsein für Diskriminierung schaffen. Mit Einrichtung der „Equal Employment Opportunity Commission“ (EEOC) auf Bundesebene wurde eine Kommission geschaffen, die die Einhaltung der neuen Anti-Diskriminierungsgesetze überwachen sollte.

Während Sprache über lange Zeit hinweg als nachrangig betrachtet wurde, gingen die Bürgerrechts- und vor allem die Frauenbewegung von der Prämisse aus, dass der Sprache eine konstitutive Rolle zukomme; Sprache also nicht lediglich über Tatsachen berichte, sondern Tatsachen schaffe. Ein sensibilisierter Sprachgebrauch, so die Argumentation, wirke sich auf das Denken und Handeln der Menschen aus.

Die feministische Linguistik geht davon aus, dass die Sprache das Bewusstsein und die Wahrnehmung beeinflusst. Durch eine dezidiert formale Sprachkritik sollte ein umfassender Sprachgebrauchswandel initiiert werden. Dieser sollte zu einem gesellschaftlichen Bewusstseinswandel beitragen, der wiederum durch die Frauenbewegung ini-

tiert wurde. Insofern war Sprachkritik zugleich auch Gesellschaftskritik: „Language is part of patriarchy. If it play a crucial part in social organisation it is instrumental in maintaining male power, and feminists must study its workings carefully.“⁹

Zentrale Themenfelder der PC-Debatte

Während die Geschichte der Besiedlung Amerikas durch europäische Einwanderer über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg in erster Linie als Erfolgsgeschichte firmierte, forderten die Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren ein, dass auch die indianische, afro-amerikanische und hispanische Geschichte berücksichtigt werden sollte und es somit zu einer Neubewertung der US-amerikanischen Geschichte kommen müsse.

Im Kontext einer Debatte über das US-amerikanische Bildungssystem und in Folge einer stärkeren Sensibilisierung für die multiethnische Zusammensetzung der USA erhoben Vertreter/innen von Minderheiten Ende der 80er Jahre den Vorwurf, die Zulassungsbedingungen – vor allem an Eliteuniversitäten – seien ungerecht, denn die Studentinnen- und Studentenschaft entspreche nicht der ethnischen Zusammensetzung der US-amerikanischen Bevölkerung. Einige Universitäten gerieten unter Druck und veränderten daraufhin die Modalitäten der Universitätszulassung. Sie führten Quoten ein, legten für Angehörige von ethnischen Minderheiten unterschiedliche Punktzahlen fest, die bei dem Einstufungstest erreicht werden mussten oder sie veränderten die Regeln der Stipendienvergabe bzw. den Erlass von Studiengebühren. Diese Affirmative Action Programme verfolgten das Ziel, den Anteil an Studierenden ethnischer Minderheiten an Universitäten zu erhöhen.¹⁰

Die sozialen Bewegungen und Debatten wirkten sich auch auf die universitäre Lehre aus. Der Kanon sollte fortan die unterdrückte Geschichte berücksichtigen und angemessen repräsentieren. Als Folge der Affirmative Action Programme stieg der Anteil von Frauen und von Angehörigen ethnischer Min-

derheiten an US-amerikanischen Hochschulen an.

Im Zuge des studentischen Protests der späten 60er Jahre wurden Kurse wie „western cultures“ oder „great books“ kritisiert. Die Kritik bezog sich darauf, dass solche Seminare nicht dazu in der Lage seien, die multiethnische Zusammensetzung der US-amerikanischen Hochschulen adäquat zu thematisieren. Ausgehend von einer Kritik am Kanon wurden neue Studiengänge etabliert.

Als erstes akademisches Programm seiner Art wurde der Studiengang „black studies“ an der San Francisco State University bereits 1966 eingeführt.¹¹

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre wurden an Universitäten „verletzende Redeweisen“ verboten bzw. durch sprachliche Alternativen ersetzt. Es handelte sich um Begriffe, die Sexismus, Rassismus, Ethnozentrismus oder andere diskriminierenden Haltungen zum Ausdruck brachten. Verletzende Begriffe wurden in Listen erfasst. Die Verwendung der verletzenden Sprache durch Angehörige der Universitäten (Studierende und Dozenten) wurde negativ sanktioniert.¹² Im Jahre 1991 existierten ca. 300 „hate speech codes“ an US-amerikanischen Colleges und Universitäten.¹³

Lesson learned?

Genutzt werden die Begriffe Politische Korrektheit, political correctness oder politically correct bzw. pc von Anhängern unterschiedlicher politischer Lager – vorwiegend der politisch Rechten – um Sprache, Kommunikation und Verhalten zu kritisieren. Der Begriff pc ist demnach keine Eigenbezeichnung einer politischen Bewegung oder eines politischen Spektrums, sondern eine Fremdbezeichnung, die in den letzten Jahren die mediale Debatte enorm angeheizt hat.¹⁴

Im Lager der politischen Rechten steht vor allem der Blog „Politically Incorrect“, der sich in erster Linie der Islamkritik verschrieben hat und einen anti-muslimischen Rassismus verbreitet, für ein *bushing* der political correctness. Die Münchner Ortsgruppe des Blog „Politically Incorrect“ wird seit April 2013 vom Bayerischen Landesamt für Verfassungs-

schutz beobachtet.¹⁵ Ebenfalls aus dem rechten Lager entspringt die von Jörg Schönbohm verfasste Streitschrift „Politische Korrektheit: Das Schlachtfeld der Tugendwächter“¹⁶ oder das Buch „Politische Korrektheit“ von Michael Brückner und Udo Ulfkotte.¹⁷

In der medialen Debatte geht es um die Verwendung des N-Worts in Kinder- und Jugendbüchern, um die Verwendung von Begriffen wie „Negerkönig“, „Negerkuss“, „Mohren“, „Mohrenkopf“, „Sarotti-Mohr“, „Zigeuner“, „Zigeunersauce“, „Zigeunerschnitzel“ (siehe Kasten am Ende dieses Beitrags). Jüngstes Beispiel ist die Debatte um die Umbenennung des Sankt-Martin-Umzuges in „Sonne, Mond und Sterne-Fest“.

Von Kritikern und Skeptikern dieses Ansatzes einer Sprachkritik wird jedoch das Argument vorgebracht, dass eine bloße Ersetzung von rassistischen oder sexistischen Formulierungen durch „politisch korrekte“ Ausdrücke die gesellschaftlichen Realitäten, die immer wieder Diskriminierung, Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Ungleichheit (re)produzierten, nicht ändern könne. Insofern stellt sich die Frage, ob der Streit um diskriminierende und verletzende Sprache nur eine Scheindebatte ist.

Folgendes Fazit erscheint mir wichtig: Sprachkritik und eine Sensibilisierung im Umgang mit Sprache ist von zentraler Bedeutung – für die Sozialwissenschaften und für die politische Bildung. Wenig hilfreich ist ein Umgang, der abzielt auf Tabus, Verbote, Repressionen, Androhung von Sanktionen etc. Eminent wichtig ist vielmehr eine Rückbesinnung auf die ursprüngliche Intention – die Sensibilisierung für Sprache – und in diesem Kontext muss es darum gehen, immer wieder aufs Neue zu diskutieren, welche Begriffe aus welchen Gründen problematisch, da verletzend sind. Demnach muss auch immer wieder neu ausgelotet werden, welche Begriffe an deren Stelle treten könnten. Begriffe, die heute angemessen erscheinen, erweisen sich möglicherweise in der Zukunft als problematisch, da diskriminierend oder verletzend. Insofern gibt es keine Alternative zu Debatten, Diskussionen und Kontroversen – auch im Feld der Politischen Korrektheit.¹⁸

Fachbeitrag

Anmerkungen

- 1 Vgl. Viola Schenz: Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika, Frankfurt a. M. u.a. 1994; Michael Behrens/Robert von Rimscha: Politische Korrektheit in Deutschland: eine Gefahr für die Demokratie, 2., erw. und durchges. Aufl. Bonn 1995; Klaus Rainer Röhl: Deutsches Phrasenlexikon. Lehrbuch der Politischen Korrektheit für Anfänger und Fortgeschrittene, Berlin u.a. 1995; Klaus J. Groth: Die Diktatur der Guten. Political Correctness, München 1996
- 2 <http://www.pi-news.net/leitlinien/> (15.12.2013)
- 3 Richard Feldstein, zit. nach: Sabine Wierleemann: Political Correctness in den USA und in Deutschland, Berlin 2002, S. 45
- 4 Vgl. Jens Kapitzky: Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik Deutschland, Aachen 2000, S. 26
- 5 Deborah Cameron: Words, Words, Words: The Power of Language, in: Sarah Dunant (Hg.), The War of the Words. The Political Correctness Debate, London 1994, S. 15–34
- 6 Vgl. Jens Kapitzky: Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik Deutschland, Aachen 2000, S. 27
- 7 http://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Korrektheit
- 8 Vgl. Sabine Wierleemann: Political Correctness in den USA und in Deutschland, Berlin 2002, S. 10
- 9 Deborah Cameron: Feminism and linguistic theory, London 1985, S. 3, zit. nach: Sabine Wierleemann: Political Correctness in den USA und in Deutschland, Berlin 2002, S. 63
- 10 Vgl. Jens Kapitzky: Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik Deutschland, Aachen 2000, S. 32
- 11 Vgl. Mechthild Nagel/Seth N. Asumah: Diversity Studies and Managing Differences – Unpacking SUNY Cortland's Case and National Trends, in: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Mechthild M. Jansen/Jamila Adamou (Hg.), Sprache – Macht – Rassismus, Berlin 2014 (im Erscheinen), S. 349–366, hier S. 359
- 12 Vgl. Jens Kapitzky: Sprachkritik und Political Correctness in der Bundesrepublik Deutschland, Aachen 2000, S. 36
- 13 Vgl. Gerald Uelman: The Price of Free Speech. Campus Hate Speech Codes, Issues in Ethics – V. 5, N. 2, Summer 1992. Murkkula Center For Applied Ethics
- 14 Vgl. zur der medialen Debatte die Bibliographie der Universität Innsbruck: <http://www.uibk.ac.at/literaturkritik/bibliografie-politische-korrektheit.pdf>
- 15 Vgl. Verfassungsschutz beobachtet Die Freiheit und PI, in: Die Welt v. 12.4.2013
- 16 Vgl. Jörg Schönbohm: Politische Korrektheit: Das Schlachtfeld der Tugendwächter, 2. Aufl. Leipzig 2010 (Manuskriptum Verlag)
- 17 Vgl. Michael Brückner/Udo Ulfkotte: „Politische Korrektheit“. Von Gesinnungspolizisten zu Meinungsdictatoren, Rottenburg a. N. 2013 (Kopp-Verlag)
- 18 Vgl. Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Mechthild M. Jansen/Jamila Adamou: Einleitung, in: dies. (Hg.), Sprache – Macht – Rassismus, Berlin 2014, S. 7–16

Kein „Zigeunerschnitzel“ mehr in Hannover – In den städtischen Kantinen wird korrekt gegessen

„Zigeunerschnitzel“ sind von der Speisekarte der Kantinen der Stadt Hannover und des Hannover-Congress-Centrums gestrichen worden. Das regelte im Oktober des vergangenen Jahres eine Dienstanweisung aus dem Rathaus. Die Kantinenchefs wurden angewiesen, das Fleischgericht nun „Schnitzel Balkan Art“ oder „Schnitzel Budapester Art“ zu nennen.

Hintergrund ist ein jahrelanger Streit um den Begriff „Zigeuner“. Das hannoversche Forum für Sinti und Roma finden ihn belastet und bedenklich: „Viele Sinti und Roma erinnern sich an ihre Großeltern, die im Dritten Reich als ‚Zigeuner‘ ermordet wurden. Wenn man dann so einen verniedlichenden Begriff wie Zigeunerschnitzel hat, dann ist das natürlich problematisch.“ So ein Sprecher der Sinti und Roma.

Ganz anderer Meinung sind hingegen die Soßenhersteller. Einer erklärte, dass eine Umbenennung unnötig sei, denn der Begriff „Zigeunerschnitzel“ sei seit mehr als hundert Jahren üblich.

Die Stadt Hannover schloss sich aber den Bedenken der Sinti und Roma an. Regardo Rose, der Vorsitzende des Forums der Sinti und Roma in Hannover, ist mit der Kantinenregelung zufrieden: „Das ist eine wirklich gute Nachricht und zumindest schon einmal ein kleiner Erfolg, den wir erreicht haben.“

In der Kantine der Stadt Hannover wird nun politisch korrekt gegessen. Aber den Sinti und Rom, stößt ein verbreitetes Gewürzmittel unangenehm auf: die „Zigeunersauce“.

kph



PC und Medien

von Gregor Mayntz

Wer an exponierter Stelle über Bundespolitik berichtet, muss aus der Perspektive mancher Leser über ein besonders ausgeprägtes seismografisches System verfügen, damit er die vielen Leitplanken politischer Korrektheit nicht nur rechtzeitig wahrnehmen, sondern die Berichterstattung daran ausrichten kann. Aus Telefonaten und Online-Kommentaren erfahren Hauptstadtkorrespondenten immer wieder, dass sie ein Thema allein danach aussuchen, ob es dem Verleger oder den Politikern im Rundfunkrat passt, dass Journalisten nur solche Zitate verwenden, mit denen sie sich wahlweise bei den Generalsekretären der CDU oder der SPD einschleimen können, und vor allem: dass sie Tatsachen vorzugsweise über „die Ausländer“ oder „die Juden“ einfach unterdrücken, um nicht gegen die allgegenwärtige „political correctness“ zu verstoßen und andernfalls ihre Jobs zu verlieren.

Tabubruch und Tabubrecher

Es wäre halbwegs amüsant, wenn diese Wortführer ironische Überspitzungen im Sinn hätten. Da sie es aber in der Regel bitterernst meinen und bei längeren Telefonaten Einblick in die Gedankenwelten ihrer außerordentlich komplex angelegten Verschwörungstheorien ermöglichen, ist es oftmals einfach nur erschreckend. Wer nun einmal die Überzeugung gewonnen hat, dass die Bundesregierung Jahr für Jahr „den Juden“ mehr als 600 Milliarden Euro auszahlt, der lässt sich nicht mit dem läppischen Hinweis abspeisen, dass der gesamte Bundeshaushalt gerade mal halb so groß ist und sich das doch irgendwo im Etat wiederfinden müsste, wenn denn etwas dran wäre. Der kommt nach unermüdlichen aber immer nur erfolglosen Versuchen, diesen „Skandal“ in die Öffentlichkeit zu bringen, zu dem scheinbar offensichtlichen Schluss, dass „die Medien“ entweder alle von „den Juden“ gekauft sind oder die Journaille hinter einem Dickicht von politischer Korrektheit gefangen ist und die wahren Dinge nicht mehr erkennen kann.

Bestätigt sehen sich PC-Verschwörungstheoretiker im Ansatz immer dann, wenn sich scheinbare oder tatsächliche Autoritäten an Türken oder Israelis abarbeiten und dafür die beliebte Chiffre „man wird ja doch mal sagen dürfen“ verwenden. Ob ehemaliger Bundesbankvorstand oder Literaturnobelpreisträger, jedesmal suggeriert der Wortführer, dass er endlich etwas zur Sprache bringt, was in der veröffentlichten Meinung gleichsam als Tabu behandelt wird und hier nun ein besonders ausgeprägter Mut beobachtet werden kann, die Regeln politischer Korrektheit gebrochen zu haben. Erstaunlicherweise führt dieser angebliche Tabubruch bei genauerem Hinsehen regelmäßig zu der Erkenntnis, dass alle Behauptungen der Tabubrecher mit Angaben aus allgemein zugänglichen Quellen belegt werden und so oder ähnlich schon oft diskutiert und im Ergebnis vom breiten Meinungsspektrum in Deutschland unterstützt, akzeptiert oder verworfen wurden.

Um es auf eine pointierte Formel zu bringen: „PC“ ist in der alltäglichen Arbeitswelt des politischen Journalismus allenfalls die Abkürzung für Personal-Computer und wie dieser eher von gestern: abgelöst von Laptop, Smartphone oder Tablet. Die neue Medienwelt, die sich nicht nur durch intelligente Technik auszeichnet, sondern auch durch verschwimmende Grenzen zwischen professionellen Berichterstattern und sozialen Netzwerkern, führt gleichzeitig vor Augen, wie dringend eine Gesellschaft Orientierungspunkte als Leitplanken benötigt, wenn sie nicht an Lüge, Rufmord und Schmutz ersticken will.

PC und die neuen Medien

Mit den sozialen Netzwerken hat die politische Korrektheit eine neue Dimension gewonnen. In den herkömmlichen Medien war die Anzahl jener grundsätzlichen Orientierungspunkte überschaubar und im Pressekodex journalistischer Selbstkontrolle auch nachlesbar: Also im Wesentlichen bezogen auf Achtung der Grundrechte, Fairness gegenüber den Dargestellten und journalistische Sorgfaltspflicht. Bei Verstößen stellten nicht nur nachträgliche öffentliche Rügen durch den Presserat Sanktionen dar. Wirksamkeit entfalteten auch die Strafgesetze, mit denen sich ehrverletzende oder diskrimi-



Dr. Gregor Mayntz ist Redakteur und Berliner Korrespondent der Rheinischen Post und Vorsitzender der Bundespressekonferenz.

nierende Verstöße wirkungsvoll ahnden ließen, ohne die grundsätzliche Bedeutung der Meinungsfreiheit für eine vitale Gesellschaft zu schmälern.

Mit dem fließenden Übergang in die Welt der sozialen Netzwerke, wie sie über die Kommentarfunktionen auf den Webseiten von Medien über die klassischen „Twitter“- und „Facebook“-Kommunikationswelten bis hin zu den Parteien-Plattformen im Internet angelegt sind, stoßen Akteure auf neue Schlüsselbegriffe „politischer Korrektheit“. Nur deren genaue Kenntnis und Beachtung hilft bei der Vermeidung von „shitstorms“ überwältigender Ausmaße. Freilich fühlen sich die Protestausschläge der scheinbaren „Schwarmintelligenz“ selbst nicht an irgendwelche politisch korrekte Umgangsformen gebunden, wie die vielen ehrverletzenden, vulgären und rassistischen Beiträge belegen.

Das lässt erahnen, was die Bundeskanzlerin mit dem Begriff „Neuland“ im juristischen und auch darüber hinausweisenden Sinne gemeint haben könnte, auch wenn sie es ungeschickt und selbst shitstormauslösend formulierte. Dahinter steckt die Notwendigkeit, politisch korrekte Umgangsformen in Stil und Inhalt von den alten auf die neuen Medien zu übertragen, und sie hier wie dort nicht als Einschränkung der Meinungs- oder Ausdrucksfreiheit sondern als Ermunterung zu fairer, redlicher und sorgfältiger Kommunikation zu begreifen. ♦

POLIS – Zeitschriften zur politischen Bildung

in Deutschland, Österreich und der Schweiz

POLIS gibt es in drei Ländern: Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wir informieren Sie hier über diese Zeitschriften, um Brücken über die Grenzen zu bauen. Sie finden einen kurzen Informationstext, die Themenplanung für 2014, die aktuellen Bezugsbedingungen und Ansprechpartner sowie die entsprechende Homepage.

Die **POLIS** ist der Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). Im Charakter eines Magazins informiert die POLIS mit Fachbeiträgen zu ausgewählten Schwerpunkten. Berichte aus der aktuellen Szene, Interviews und Werkstattbeiträge runden das Heft ab.

Themenplan 2014

- Heft 1: Political Correctness
- Heft 2: Wissen und Einstellungen
- Heft 3: USA
- Heft 4: Politisch-ökonomische Bildung

Redaktion

Dr. Martina Tschirner:
tschirner@em.uni-frankfurt.de

Bezugsbedingungen

4 Hefte jährlich
Abonnement: 24,80 € zzgl. Versand
Einzelheft: 7,40 € zzgl. Versandkosten
bestellservice@wochenschau-verlag.de
Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de



polis aktuell ist die Zeitschrift für Lehrkräfte von Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule. In neun Ausgaben jährlich werden ausgewählte Themen der politischen Bildung für den Unterricht aufbereitet – mit Fachbeiträgen, einem methodisch-didaktischen Teil sowie weiterführenden Tipps.

Themenplan 2014

- Heft 1: Jugendliche im Konflikt mit dem Gesetz
- Heft 2: Politische Bildung outdoor
- Heft 3: Europa
- Heft 4: Sport und Politik
- Heft 5: Medien und Krieg
- Heft 6: Politik und Literatur im öffentlichen Raum
- Heft 7: Sucht
- Heft 8: Kinderrechte
- Heft 9: Landgrabbing

Redaktion

Dr. Patricia Hladschik:
patricia.hladschik@politik-lernen.at

Bezugsbedingungen

9 Hefte jährlich
Abonnement: 22,50 € inkl. Versand
Einzelheft: 3,50 € zzgl. Versandkosten
service@politik-lernen.at
Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
www.politik-lernen.at



POLIS thematisiert aktuelle Fragen der politischen Bildung und richtet sich an Lehrpersonen und interessierte Fachkreise der politischen Bildung. Hintergrundberichte, Interviews und Porträts zu einem Schwerpunktthema vermitteln Zugänge zur politischen Bildung und bieten Anregungen, diese verstärkt zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

Themenplan

- 2009: Umgang mit vergangenem Unrecht
- 2010: Menschenrechtsbildung – Bildung und Menschenrechte
- 2011: Wahlen – eine Castingshow? Jugend, Medien und Demokratie
- 2012: Politische Bildung am Ball
- 2013: Revolte der Jugend? Zwischen Anpassung und Aufstand
- 2014: Verstrickt und zugenäht. Politische Perspektiven auf die Modewelt

Redaktion

Vera Sperisen: vera.sperisen@fhnw.ch

Bezugsbedingungen

1 x jährlich
gratis, ausserh. d. Schweiz für 5,- CHF
Pädagogische Hochschule FHNW,
Zentrum Pol. Bildung u. Geschichtsdidaktik,
www.fhnw.ch/ph/pbgd
Zentrum für Demokratie Aarau, www.zdaarau.ch
Blumenhalde, Küttigerstrasse 21, 5000 Aarau,
Schweiz, info@politischebildung.ch



Die Debatte um das große „I“

von Daniel Haufler



Daniel Haufler ist seit 2009 Redakteur der Meinungsseite der Berliner Zeitung. Davor war er vom Jahr 2000 an bei der Tageszeitung (taz) verantwortlich für die Seite Meinung & Diskussion.

Seit den Sechzigerjahren kehrt die Frage alle Jahre wieder: Werden Frauen diskriminiert, ja unsichtbar gemacht, wenn allgemein stets nur die männliche Sprachform verwendet wird – also der Kanzler, der Botschafter, der Bürger? Seitdem haben reflektierte Menschen immer wieder versucht, sensibel mit der Frage umzugehen. Die Sozialdemokraten etwa schreiben schon lange ihre Mitglieder mit der schönen Formel „Genossinnen und Genossen“ an, andere wenden sich konsequent an die „Bürgerinnen und Bürger“. Eine nicht allzu große Verbreitung fanden hingegen graphische Lösungen, mit denen sich manche politische Initiativen in ihren Publikationen an ihre „Leser/innen“ wandten.

Auch in der Tageszeitung taz kam diese Schreibung in den Achtzigerjahren zum Einsatz. Doch dann übernahmen die tazlerInnen eine Schreibweise, die wohl der Schweizer Journalist Christoph Busch 1981 zum ersten Mal verwandt hatte und danach 1984 in der Züricher Wochenzeitung WoZ Einzug gehalten hatte: das Binnen-I. Verantwortlich dafür war 1989 der taz-Redakteur Oliver Tolmein. Das große I gehörte „bald zum guten Ton oder zur guten Sprache auch männlicher taz-Redakteure“, schrieb die

ehemalige taz-Redakteurin Ute Scheub 2003 in einem Beitrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Von der taz aus habe es seinen Siegeszug durch die Presselandschaft und die Institutionen angetreten, vor allem durch die alternative Presse.

Ganz so war es leider nicht. Tatsächlich ist das Binnen-I in der taz selbst nie verbindlich eingeführt worden. Die Männer in der Redaktion nutzten es daher schon in den frühen Jahren eher zögerlich, obwohl es immerhin von Männern erfunden und eingeführt worden war. Und in der Folgezeit setzten es auch die Frauen immer seltener ein. Der taz-Korrespondent Christian Rath stellte bereits 1998 fest, dass in einer Ausgabe von 41 Texten ganze drei „geschlechtsneutral“ verfasst worden waren; der I-Anteil lag insgesamt bei unter zehn Prozent. Seither hat der Anteil offenkundig noch weiter abgenommen.

Eine Art Stolperstein

Dennoch hat die Debatte über das Binnen-I bisher nie aufgehört. Vor allem Genderredakteurinnen der taz setzen die Frage immer wieder auf die Agenda. So illustrierte Heide Oestreich den Verzicht im Jahr 2009 sehr anschaulich an einer Wissenschaftsmeldung: „Homo erectus gilt als der erste Hominide, der sich auf die Jagd machte und sich, organisiert in Rudeln, gegenseitig unterstützte. Er soll das Feuer gekannt und Brandrodung betrieben haben.“ Wenn man kurz innehält

und sich einen Homo erectus vorstellt, sieht man gewiss eher einen Mann, oder? Gegen diese Wahrnehmung – oder eben Nicht-Wahrnehmung von Frauen hilft in der Tat die Littera erecta.

Mit der Verwendung dieser Form wird zwar nicht die ungerechte Behandlung von Frauen in der Gesellschaft abgeschafft – weder die schlechtere Bezahlung noch irgendein Karrierehindernis. Dafür braucht es politische Maßnahmen und – wie die Erfahrung lehrt – die Quote. Doch das Binnen-I schärft das Bewusstsein, gerade bei denen, die sich darüber ärgern, weil sie es für ein veraltetes feministisches und überdies hässliches Ding halten. Es ist eine Art Stolperstein, der zum Nachdenken anregen kann. Journalistisch ist es zudem präziser, da wir ja in der Regel Gruppen von Menschen beschreiben, die aus Frauen und Männern gebildet werden. Für das Binnen-I sprechen also nicht nur feministische Argumente, sondern auch rein sprachliche.

Aus dem Mainstream ist die Debatte dennoch weitgehend verschwunden. Denn selbst die jüngeren Frauen glauben, dass Instrumente wie das Binnen-I zu grob sind, oder sie sehen sich nicht mehr in dem Maße benachteiligt, dass eine symbolische Markierung in Texten vonnöten ist. So kann es sein, dass sich die Debatte um das große I bald erledigt hat. Immerhin jedoch hat es in den vergangenen Jahrzehnten effektiv seinen Zweck erfüllt, das gesellschaftliche Problem der Diskriminierung sichtbarer zu machen.

„Herr Professorin“ an der Uni Leipzig

Der erweiterte Senat der Universität Leipzig hat beschlossen, in der Grundordnung (...) statt der üblichen, meist männlichen Form, in der sich die weibliche Schreibweise mit einer Fußnote begnügen muss, umgekehrt vorzugehen. Die entsprechende Fußnote lautet: „In dieser Ordnung gelten grammatisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen männlichen und weiblichen Geschlechts. Männer können die Amts- und Funktionsbezeichnungen dieser Ordnung in grammatisch maskuliner Form führen.“ Die Entscheidung des Senats weist damit darauf hin, dass Frauen heute an der Universität Leipzig in der Mehrheit sind. Es ist erstaunlich, dass dieser weder logisch noch formal zu beanstandende Akt in einem Land, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt sind, auf so viel öffentliche Beachtung stößt.

Pressemitteilung der Universität Leipzig v. 6.6.2013

Fachbeitrag

Rassismus im Alltag – oder Rassismus ist Alltag

von Anna Klein



Anna Klein ist Mitarbeiterin an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld in der Arbeitsgruppe Sozialisation und Mitglied des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

denfeindlich, antisemitisch oder durch andere Vorurteile motivierte Straftaten, die Relevanz des Themas in praktisch allen europäischen Staaten (vgl. OSCE/ODIHR 2011). Weil verschiedene Personengruppen von Abwertungen und Diskriminierung betroffen sind, sprechen wir in diesem Zusammenhang von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Darunter wird z. B. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit, die Abwertung von obdachlosen Personen, von Personen mit Behinderung, Personen mit homosexueller Orientierung, langzeitarbeitslosen Personen, Roma und Sinti und asylsuchenden Personen verstanden (Heitmeyer 2002-2012; Zick et al. 2011). Aktuelle Studien zur Intersektionalität (z.B. Winkler/Degele 2009) machen darauf aufmerksam, dass Personen oftmals mehrfach von Diskriminierung betroffen sind, wenn sie mehreren diskriminierten Gruppen zugeordnet werden können (z.B. Frauen mit Migrationshintergrund, die gleichzeitig von Armut betroffen sind).

tutionelle Formen von Diskriminierung sind jedoch eng miteinander verwoben. So kann beispielsweise das Zusammenspiel von institutionellen Normen und individuellem Verhalten in Institutionen Diskriminierung bewirken, etwa wenn LehrerInnen, entsprechend der Leistungsorientierung als dominanter Norm der Schule, Kinder aus Mittelschichtfamilien bevorzugt behandeln. Sidanius und Pratto (1999) bezeichnen solche Fälle als individuell-mediierte institutionalisierte Diskriminierung, die im Unterschied zu standardisierter institutioneller Diskriminierung (womit ungleiche Rechte angesprochen sind) individuell beeinflussbar ist. Gleichzeitig kann institutionalisierte Diskriminierung individuell diskriminierendes Verhalten begünstigen, da sie als Legitimation für das Verhalten dient. Formen institutioneller Diskriminierung (z.B. Benachteiligung von Personen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt) ergeben sich somit vor dem Hintergrund der Rechtslage, der gesellschaftlichen bzw. institutionellen Normen und der individuellen Handlungen. Im Kontext pädagogischer Praxis erscheint es deshalb geboten, das eigene Handeln zu reflektieren und „eigene Verstrickungen in diskriminierende Strukturen und Praktiken, nicht zuletzt in Formen institutioneller Diskriminierung, zu analysieren“ (Scherr 2011, S. 38).

Phänomene und Handlungsmöglichkeiten

Rassistische Sprüche, fremdenfeindliche Bemerkungen im Freundeskreis, Benachteiligungen von Frauen im Beruf, Beschimpfungen anderer als „schwul“ oder die Vertreibung von obdachlosen Menschen aus den Innenstädten: Diskriminierung von Menschen, die zu einer bestimmten Gruppe gezählt werden, ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. In der europäischen Union fühlen sich etwa 15 Prozent der BürgerInnen aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Behinderung, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung diskriminiert oder belastigt (vgl. EUROBAROMETER 2008). Ebenso zeigen aktuelle Reporte zu „hate crimes“, also rassistisch, frem-

Diskriminierung im Alltag

Diskriminierung wird im Alltag in unterschiedlichen Formen sichtbar. So kann sich Diskriminierung offen als aktive Schädigung z.B. in Form von Gewalt äußern, etwa als rassistische Beleidigung bis hin zur körperlichen Gewalt. Aber auch subtilere und eher passive Verhaltensweisen z.B. die Bevorzugung von Anderen, Ignoranz oder Vermeiden von Kontakten werden als diskriminierendes Verhalten verstanden (Dovidio/Hebl 2005: 17). Subtile Formen der Diskriminierung wie das „Nicht-Grüßen“ bestimmter Personen können für die Betroffenen folgenreich sein, weil sie einen sozialen Ausschluss anzeigen. Neben diskriminierendem Verhalten spielt auch die institutionelle Diskriminierung eine wichtige Rolle. Individuelle und insti-

Folgen von Diskriminierung

Diskriminierung bedeutet für die davon betroffenen Personen eine Benachteiligung in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe, etwa Schulen, Hochschulen oder auf dem Arbeitsmarkt. Erfahrene Diskriminierung ist mit Stress und affektiven Reaktionen wie Wut, depressiven Verstimmungen und Ängsten verbunden. Ein Zusammenhang zwischen Diskriminierung und psychischen wie physischen gesundheitlichen Folgen kann nachgewiesen werden (Ziegler/Beelmann 2009). Insbesondere die Angst vor erneuten Diskriminierungen aufgrund der zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit kann betroffene Personen erheblich beeinträchtigen. Geringes Selbstvertrauen, Verschlussenheit und Misstrauen gegenüber Anderen kön-

nen die Folgen sein. Auch zeigt sich, dass von Diskriminierung betroffene Personen schlechtere Leistungen erbringen, wenn sie mit dem betreffenden Stigma konfrontiert werden. So lösten Frauen in einer Studie eine Aufgabe schlechter, wenn ihnen gesagt wurde, es handle sich um eine Mathematikaufgabe. Wurde dieselbe Aufgabe jedoch als sprachliche Aufgabe eingeordnet, so waren die Leistungen besser (Hansen 2009). Dieses Beispiel zeigt, dass Diskriminierung sehr subtil erfolgen kann.

Funktionen und Ursachen der Abwertung

Wie eingangs erwähnt, fühlen sich viele Menschen in Europa von Diskriminierung betroffen. Rechte und Normen verankern Diskriminierung in den gesellschaftlichen Institutionen. Sie prägen auch die Kultur des Miteinanders. Dementsprechend sind abwertende Einstellungen und Diskriminierungsbereitschaften in den Gesellschaften Europas weit verbreitet. In einer repräsentativen Befragung in acht europäischen Ländern stimmten der rassistischen Aussage „Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern“ mehr als ein Drittel der Befragten zu. Klassisch sexistische Einstellungen, wie die Aussage „Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen“, wurden in den meisten Ländern von mehr als der Hälfte der Befragten geteilt (Zick et al. 2011). Abwertende Einstellungen gegenüber Minderheiten und schwachen Gruppen sind somit nicht als Randphänomen zu betrachten, sondern sind in der Mitte der Gesellschaft verbreitet (Klein/Groß 2012).

Abwertende Einstellungen lassen sich nicht leicht verändern, indem beispielsweise gegenteilige Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil sie für die Stabilisierung des sozialen Gefüges, in dem Personen sich bewegen, wichtige Funktionen erfüllen: Die Abwertung von anderen schafft ein „Wir-Gefühl“, sie hebt die Eigengruppe positiv von einer anderen Gruppe ab und verstärkt die Bindung innerhalb der Eigengruppe. Dadurch können Personen ihren Selbstwert steigern, da sie sich nun als Mitglieder



einer höherwertigen Gruppe betrachten. Des Weiteren dienen Abwertungen dazu, gesellschaftliche Hierarchien zu legitimieren und aufrecht zu erhalten. So haben sexistische oder rassistische Ideologien die Funktion, untergeordnete Positionen von Frauen oder Schwarzen auf deren angeblichen besonderen Charakter oder physiologische Unterschiede zurückzuführen und dadurch als begründet oder sogar unumstößlich darzustellen. Aus der Abwertung bestimmter Gruppen ergibt sich zudem eine orientierende Funktion: Gerade in Situationen, die von Unsicherheit geprägt sind oder sich durch hohe Komplexität und Handlungsunsicherheit auszeichnen (z.B. Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit), stellen Vorurteile ein einfaches Erklärungsangebot dar. Sie bieten eine Möglichkeit der Schuldzuweisung an bestimmte Gruppen und fördern gleichzeitig das Vertrauen unter den vermeintlich „Nicht-Schuldigen“ (Zick et al. 2011, S. 37ff.).

Die Ursachen von Abwertung und Diskriminierung sind vielfältig. Faktoren auf der Individualebene (z.B. Persönlichkeitstypen, Einflüsse aus Familie und Freundeskreis) sind ebenso zu berücksichtigen wie intergruppalen Konstellationen (z.B. kollektive Identitäten und Intergruppenkontakte) und gesellschaftliche Umstände (z.B. Dominanzverhältnisse, gesellschaftliche Normen). Daraus ergibt sich ein komplexes Gefüge sich wechselseitig beeinflussender Faktoren: Die individuelle Bereitschaft,

Menschen zu diskriminieren, muss vor dem Hintergrund historisch gewachsener Vorstellungen von Dominanz und Unterlegenheit betrachtet werden. Autoritäre Personen reagieren eher konform auf gesellschaftliche Normen. Intergruppenkontakte können kaum aufgebaut werden, wenn Gesellschaften in hohem Maße durch Segregation geprägt sind (für einen kurzen Überblick siehe Legge/Mansel 2012).

Pädagogische Handlungsmöglichkeiten

Der pädagogische Umgang mit Abwertung und Diskriminierung wird kontrovers diskutiert. Zunächst ist festzuhalten, dass angesichts von gesellschaftlichen Normen und Strukturen dem Problem nicht allein durch pädagogisches Handeln begegnet werden kann. In pädagogischen Kontexten ist es aber durchaus möglich, auf der individuellen und institutionellen Ebene Veränderungen anzustoßen.

So finden sich einerseits Ansätze aus dem Bereich der antirassistischen und interkulturellen Pädagogik, die Diskriminierung gezielt thematisieren und einen aner kennenden Umgang mit Differenzen anstreben. Zu einer antirassistischen bzw. „rassismuskritischen“ Perspektive gehören nach Mecheril (2004, S. 206ff.) die Veränderung institutioneller Diskriminierung in Bildungsinstitutionen, Nor-

Fachbeitrag

men für einen nicht diskriminierenden Sprachgebrauch, die Vermittlung von theoretischem und historischem Wissen über (rassistische) Diskriminierung, die Ermöglichung der Auseinandersetzung mit eigenen Rassismuserfahrungen, die Reflexion bestehender Zuschreibungsmuster und die Dekonstruktion von binären Schemata des „Wir und „Nicht Wir“, z.B. durch das Anerkennen von Mehrfachzugehörigkeiten. Auch Konzepte aus dem Bereich der Kindheitspädagogik wie der „Anti-Bias Ansatz“ (Preissing/Wagner 2003) setzen darauf, Vorurteile und Diskriminierungen anzusprechen und zu reflektieren. Diese Ansätze haben den Vorteil, diskriminierende Praktiken für Reflexion und Kritik zugänglich zu machen. Problematisch ist jedoch, wenn die Thematisierung von Differenzen diese (re-)produziert und der Andere so erst zum Anderen bzw. Fremden gemacht wird. Es besteht dann die Gefahr, dass die hervorgehobenen Kategorien übernommen und als relevant betrachtet werden.

Ein anderer Ansatz setzt auf die Erfahrung von Kooperation und Kontakten zwischen Personen, die unterschiedlichen Gruppen zugerechnet werden. Zentrales Element ist dabei die Erfahrung des gemeinsamen Handelns. Im Anschluss an Dewey wird davon ausgegangen, dass durch die vitale Erfahrung von Interaktion und gemeinsamer Tätigkeit eine Veränderung auch tief verankerter abwertender Orientierungsmuster möglich wird. „Vested prejudices, class interests, are deeply rooted, but not as deeply rooted in the nature of things as the joy of discovery and of communication“ (Dewey 1983, S. 211). Pädagogik kann an dieser Stelle eingreifen, indem Kooperation ermöglicht wird. „(S)tudents should be encouraged to interact cooperatively with one another regardless of community membership in order to develop shared values“ (Detlefsen 1998, S. 317). Ein solcher Ansatz ließe sich auch mit den Ergebnissen der Kontakthypothese rechtfertigen, nach der Intergruppenkontakte zur Reduktion von Vorurteilen beitragen (Allport 1954; Pettigrew & Troop 2006). Insbesondere unter den Bedingungen der Statusgleichheit in der Kontaktsituation, der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels, der kooperativen und nicht konkurrierenden Art der Zielverfolgung und der

Stützung des Kontakts durch Autoritäten (wie z.B. PädagogInnen) (Wagner et al. 2002, S. 98), tragen Kontakte zu einer Verbesserung von Intergruppenbeziehungen bei, weil es a) zu verbessertem Wissen über die andere Gruppe kommt, weil b) Ängste abgebaut werden können und c) die Kontakte Empathie und Perspektivenübernahme fördern. Der Ansatz hat den Nachteil, dass die Reflexion der eigenen Verstrickung in diskriminierende Strukturen in den Hintergrund gerät. Er wird als „color-blind“ kritisiert, weil er Differenzen gerade nicht thematisiert und in Frage stellt, obwohl diese in der Gesellschaft eine Rolle spielen.

Pädagogisches Handeln, das auf eine Reduktion von Diskriminierung und Abwertungen zielt, läuft genau wie die Forschung in diesem Gebiet immer Gefahr, die Kategorien, die zur Diskriminierung herangezogen werden (z.B. ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Sexualität, Behinderung, Religionszugehörigkeit), selbst zu reproduzieren, wenn diese benannt werden. Gleichzeitig kann nur durch diese Benennung eine kritische Reflexion erfolgen, die bestenfalls in eine Veränderung diskriminierender Praktiken mündet. In diesem Spannungsfeld dennoch Kooperation zu ermöglichen, in deren Verlauf kategoriale Zugehörigkeiten in den Hintergrund und die individuellen Besonderheiten in den Vordergrund rücken, erscheint schwierig, wenn zuvor die Relevanz der Kategorien hervorgehoben wird. Pädagogische Handlungskonzepte zum Umgang mit Diskriminierung sollten zukünftig eine systematische Verbindung beider Perspektiven anstreben. ◆

Literatur

- Allport, G. W.: The nature of prejudice. Cambridge 1954.
- Detlefsen, K.: Diversity and the individual in Dewey's philosophy of democratic education. In: Educational Theory. 48, 1998, pp. 309–329.
- Dewey, J.: The liberal college and its enemies. In: Dewey, J. (Hg.): The middle works 1899–1924. Volume 15, 1923–1924, Southern Illinois 1983, pp. 205–211.
- Diehm, I.: Erziehung und Toleranz. Handlungstheoretische Implikationen Interkultureller Pädagogik. In: Zeitschrift für Pädagogik, 46, 2000, S. 251–274.
- Dovidio, J. F.; Hebl, M. R.: Discrimination at the level of the individual: Cognitive and affective factors. In: Dipboye, R. L.; Colella, A. (Hg.): Discrimination at work. New Jersey 2005, pp. 305–323.
- EUROBAROMETER, Diskriminierung in der Europäischen Union: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen. Bericht. EUROBAROMETER Spezial 296, 2008, Zugriff am 14.11.2013, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_de.pdf.
- Hansen, N.: Die Verarbeitung von Diskriminierung. In: Beelmann, A.; Jonas, K. J. (Hg.): Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden 2009, S. 155–170.
- Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1–10, Frankfurt a. M./Berlin 2002–2012.
- Klein, A.; Groß, E.: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte. 51(1), 2012, S. 39–51.
- Legge, S.; Mansel, J.: Ethnische Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Albrecht, G.; Groenemeyer, A. (Hg.): Handbuch Soziale Probleme. Band 1, Wiesbaden 2012, S. 494–548.
- Mecheril, P.: Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel 2004.
- OSCE/ODIHR: Hate crimes in the OSCE region – incidents and responses. Annual report for 2010, 2011, Zugriff am 14.11.2013 http://tandis.odihr.pl/hcr2010/pdf/Hate_Crime_Report_full_version.pdf.
- Pettigrew, T. F.; Tropp, L.R.: A meta-analytic test of intergroup contact theory. In: Journal of Personality and Social Psychology. 90, 2006, pp. 751–783.
- Preissing, C.; Wagner, P. (Hg.): Kleine Kinder – keine Vorurteile? Interkulturelle und vorurteilsbewusste Arbeit in Kindertageseinrichtungen. Freiburg 2003.
- Scherr, A.: Was meint Diskriminierung? Warum es nicht genügt, sich mit Vorurteilen auseinander zu setzen. Sozial Extra, 11/12, 2011, S. 34–38.
- Sidanius, J.; Pratto, F.: Social dominance. Cambridge 1999.
- Wagner, U.; van Dick, R.; Endrikat, K.: Interkulturelle Kontakte. Die Ergebnisse lassen hoffen. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 96–109.
- Winkler, G.; Degele, N.: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld 2009.
- Zick, A.; Küpper, B.; Hövermann, A.: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin 2011, Zugriff am 06.11.2013 <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>.
- Ziegler, P.; Beelmann, A.: Diskriminierung und Gesundheit. In: A. Beelmann, A.; Jonas, K. J. (Hg.): Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden 2009, S. 357–378.

Wie viel Islamkritik ist erlaubt?

von Johannes Schillo



Johannes Schillo ist leitender Redakteur des „Journal für politische Bildung und freier Journalist.“

Seit einigen Jahren hat sich in Deutschland der Terminus „Islamkritik“ eingebürgert (vgl. Bade 2013). Publizisten wie Thilo Sarrazin oder Ralph Giordano sehen hier einen dringenden Bedarf, andere Fachleute plädieren für einen moderaten Umgang mit dem weithin anerkannten Erfordernis, während ein Migrationsexperte wie Klaus J. Bade darin ein antikritisches Vorhaben und letztlich den Keim zur gewalttätigen Ausgrenzung einer Migranten-Gruppe entdeckt. Die Befürchtung, bei diesem Kritikprogramm seien „Panikmacher“ (Patrick Bahners) unterwegs, kommt dabei aus verschiedenen politischen Lagern.

In der Tat ist Islamkritik ein eigenartiges Projekt. Die Aufforderung, sie solle sich mäßigen, der kritisierten Position mit Respekt oder gar Wohlwollen entgegen treten, bedeutet aber letztlich den Auftakt zu Zensur und Gegenaufklärung – modisch vorgetragen etwa im Gewand sprachpflegerischer Political Correctness. Außerdem geht sie am Kern des Problems vorbei. Was hier betrieben wird, ist nämlich

nur scheinbar eine konsequente kritische Auseinandersetzung mit dem religiösen Standpunkt. Islamkritik beruft sich natürlich gerne auf das Erbe der Aufklärung, sie greift die fehlende Trennung von säkularem Rechtsstaat und religiösen Überzeugungen, von Glaube und Wissen an. Meist fasst sich ja die Kritik an der morgenländischen Religion in dem Vorwurf zusammen, sie habe den Weg des Abendlandes – Säkularisierung des öffentlichen Lebens und Durchsetzung der Menschenrechte – verpasst.

Islamkritik ist keine Religionskritik

Dem kann man entgegengehalten, der Islam habe ebenfalls zum Werdegang Europas beigetragen und zeichne sich durch ein bedeutsames kulturelles Erbe sowie ein breites Spektrum von mystischen bis weltoffenen Strömungen aus. Festzuhalten wäre stattdessen: Islamkritik ist gar keine Religionskritik, die eine rationale, ideologiekritische Prüfung der gedanklichen Leistungen eines Glaubensgebäudes – z.B. im Blick auf Herrschaftslegitimation – betreibt. Sie will vielmehr eine spezielle Religion auf die Funktionalität festnageln, die aus der Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft resultiert und die von den anderen, etablierten Religionsgemeinschaften mehr oder weniger reibungslos bedient wird.

Diese funktionalistische Betrachtungsweise lässt den gläubigen Standpunkt, der aus einer innerlichen, rein subjektiven Entscheidung heraus zu einer Deutung des Weltgeschehens mit Absolutheitsanspruch und universeller Verbindlichkeit gelangt, unkritisiert stehen. Ja sie will ihn als moralische Produktivkraft fürs Gemeinwesen in Dienst nehmen, den Verhältnissen also die höhere Weihe erteilen. Was bei Karl Marx in polemischer Absicht „Opium des Volkes“ hieß – und so auf die sedierende, befriedende Wirkung dieser Sinnfindung anspielte –, heißt heute „gesellschaftlicher Kitt“. Werte, Weltanschauungen und eben

auch Religion sollen Leistungen für den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ erbringen. Denn anscheinend sind die Gesetzmäßigkeiten, die das Zusammenleben der Menschen regieren, nicht dazu angetan, das Miteinander zu fördern.

Notwendig ist Ideologiekritik

Das ist ein merkwürdiger, aufklärungsbedürftiger Befund. Und hier zeigt sich, wie Religionskritik zu gesellschaftstheoretischer Klärung hinführen und beitragen kann. An Marx und die Tradition der Aufklärung, deren Fragestellungen in den heutigen politischen Debatten wieder auftauchen (vgl. Städtler 2012), sollte politische Bildung anknüpfen, also Ideologiekritik betreiben – und nicht Religiosität für die Herstellung von Massenloyalität zu instrumentalisieren versuchen.

Wenn die heutige Islamkritik demokratische Standards formuliert, denen die Glaubens- und Sittenlehre entsprechen soll – kommt diese Anpassung bzw. Relativierung zustande, darf die Gemeinde ihren Absolutheitsanspruch weiter kultivieren –, geht sie nicht zu weit, sondern verfährt unkritisch. Angebracht wäre dagegen eine Religionskritik, die die gesellschaftliche Rolle des Transzendenzbezugs und die dadurch bedingte oder beschönigte Unmündigkeit der Menschen zum Thema macht. Was hier an Geltungsansprüchen auftritt, muss einer rationalen Beurteilung standhalten und kann sich nicht mit einem Toleranzpostulat aus der Affäre ziehen. Das könnte man vielleicht als einzigen Pluspunkt des islamkritischen Aufschwungs verbuchen: dass er das Recht der Kritik, das sich ja nur aus der zwanglosen Macht der Einsicht ergibt, gegen alle Voreingenommenheit von Weltdeutungen und Sinnstiftungen bekräftigt hat. ♦

Literatur

- Bade, K.J.: Kritik und Gewalt – Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2013.
- Städtler, M.: Religion und Staat. Und Gesellschaft – Über ein vernachlässigtes Element der neuzeitlichen Staatsdebatte. In: Berger, M.; Reichardt, T.; Städtler M. (Hg.): „Der Geist geistloser Zustände“ – Religionskritik und Gesellschaftstheorie, Münster 2012, S. 102–120.

„Belastete Wörter“

von Thorsten Eitz



Dr. Thorsten Eitz ist freier Autor, zuletzt wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt „Diskursgeschichte der Weimarer Republik“ an der Universität Trier.

Nach 1945 ist mit den Nationalsozialisten und ihren Institutionen ein Großteil des von ihnen verwendeten Vokabulars verschwunden bzw. es wurde als Vermeidungsvokabular tabuisiert. Dennoch wurde eine Vielzahl von NS-Vokabeln oder von als NS-Vokabular deklarierten Ausdrücken entweder unreflektiert oder aber – als NS-Terminologie gekennzeichnet und zum Teil als Diffamierungs- und Vorwurfsvokabeln eingesetzt – weiterverwendet. NS-Vokabular und NS-Vergleiche, d.h. die Übertragung eines Wortgebrauchs im metaphorisch-vergleichenden Sinn, sind bis heute buchstäblich in aller Munde und immer wieder Gegenstand intensiver öffentlicher Auseinandersetzungen.

Begriffe aus der Nazi-Zeit

Es gibt vier nicht immer eindeutig zu unterscheidende Kategorien von Weiterverwendungen (vgl. zum folgenden Abschnitt Eitz/Stötzel 2009, S. 2f.):

1. Die Verwendung als historische Bezeichnung, als Zitatwort.

2. Die Weiterbenutzung von „belasteten“ Wörtern und die damit einhergehende Warnung vor dem weiteren Gebrauch dieser Ausdrücke, da mit ihnen vermeintlich nationalsozialistisches Gedankengut tradiert werde (vgl. z.B. Sternberger/Storz/Süskind 1957; Klemperer 1947), wie z.B. *Anschluss*, *Arier*, *Auslese*, *ausmerzen*, *betreuen*, *Blitzkrieg*, *Blockwart*, *Blut und Boden*, *Blutschande*, *entartete Kunst*, *Elite*, *Endlösung (der Judenfrage)*, *Endsieg*, *Ermächtigungsgesetz*, *Eugenik*, *Euthanasie*, *Fremdarbeiter*, *Führer*, *gesundes Volksempfinden*, *Gleichschaltung*, *großdeutsch*, *Hakenkreuz*, *Jude*, *judenfrei*, *Konzentrationslager*, *Kulturbolschewismus*, *Lebensraum*, *lebensunwertes Leben*, *Mädel*, *Menschenmaterial*, *Militarismus*, *Mischehe*, *Nationalismus*, *Nationalsozialismus*, *Parasit*, *Rasse*, *Schädling*, *Selektion*, *Sonderaktion*, *Sonderbehandlung*, *Überfremdung*, *Untermensch*, *vergasen*, *viertes Reich*, *völkisch*, *volksfremd*, *Wehrkraftersetzung*, *Zigeuner*.

3. Die andauernde Verwendung von NS-Vergleichen trotz des gesellschaftlichen Konsenses über die durch sie bewirkte Verharmlosung des Holocaust, wie z.B. *Auschwitz*-, *BDM*-, *Gestapo*-, *Goebbels*-, *Hitler*-, *HJ*-, *KdF*-, *KZ*-, *Nazi*-, *NSDAP*-, *SA*-, *SS*-, *Stürmer*-, *Waffen-SS*- und *Wehrmacht*-Vergleiche.

4. Die Auseinandersetzungen über Geschichtsvokabeln, die Vorgänge oder Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen, benennen und über die Bezeichnungen von NS-Institutionen, wie z.B. *Anschluss*, *Befehlsnotstand*, *Befreiung* vs. *Niederlage*, *Drittes Reich*, *Ermächtigungsgesetz*, *Kriegsverbrecher*, *Machtergreifung* vs. *Machtübergabe* bzw. *Machterschleichung*, *Normalisierung*, *Reichskristallnacht* vs. *Reichspogromnacht*, *Schreibtischtäter*, *Stunde Null*, *Vergangenheitsbewältigung*, *Versöhnung*, *Schlussstrich*, *Wehrmacht*, *Widerstand*, *Wiedergutmachung*.

Die gängige Sprachpraxis des instrumentalisierenden Gebrauchs von NS-Vokabular – also etwa durch die Verwendung von NS-Vokabular, durch Personen-Vergleiche, Vergleiche mit Methoden, Institutionen, Verbrechen oder Gebietsansprüchen der Nationalsozialisten – zeigt nicht nur, wie brisant der sprachliche Umgang mit der NS-Vergangenheit bis heute ist. Sie zeigt auch, dass diese „belasteten“ Wörter, d.h. Ausdrücke, die in irgendeiner Form negative Assoziationen an die NS-Zeit wecken, im politischen Tagesgeschäft oder allgemeiner: im öffentlichen Sprachgebrauch zumeist nicht historisch-aufklärend verwendet werden. Es geht allzu oft nicht darum, vor ihrem Gebrauch und der damit befürchteten Tradierung der mit ihnen verknüpften Gesinnung zu warnen. Sie werden nicht nur als legitime „Zitatwörter“ oder warnend bzw. gesinnungskritisch im Sinne einer „sprachlichen Bewältigung der Vergangenheit“ gebraucht, sondern leichtfertig oder absichtlich eingesetzt, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen und/oder um unliebsame Zeitphänomene, Sachverhalte, den politischen Gegner bzw. seine Haltung, Programmatik oder Handlungen in schärfster Form zu kritisieren und diskreditieren, d.h. sie dienen oft als Argumentationsersatz.

Die gängige Sprachpraxis des instrumentalisierenden Gebrauchs von NS-Vokabular – also etwa durch die Verwendung von NS-Vokabular, durch Personen-Vergleiche, Vergleiche mit Methoden, Institutionen, Verbrechen oder Gebietsansprüchen der Nationalsozialisten – zeigt nicht nur, wie brisant der sprachliche Umgang mit der NS-Vergangenheit bis heute ist. Sie zeigt auch, dass diese „belasteten“ Wörter, d.h. Ausdrücke, die in irgendeiner Form negative Assoziationen an die NS-Zeit wecken, im politischen Tagesgeschäft oder allgemeiner: im öffentlichen Sprachgebrauch zumeist nicht historisch-aufklärend verwendet werden. Es geht allzu oft nicht darum, vor ihrem Gebrauch und der damit befürchteten Tradierung der mit ihnen verknüpften Gesinnung zu warnen. Sie werden nicht nur als legitime „Zitatwörter“ oder warnend bzw. gesinnungskritisch im Sinne einer „sprachlichen Bewältigung der Vergangenheit“ gebraucht, sondern leichtfertig oder absichtlich eingesetzt, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen und/oder um unliebsame Zeitphänomene, Sachverhalte, den politischen Gegner bzw. seine Haltung, Programmatik oder Handlungen in schärfster Form zu kritisieren und diskreditieren, d.h. sie dienen oft als Argumentationsersatz.

Verlust an Aufmerksamkeit

Diese Sprachpraxis, d.h. die Verwendung NS-Vokabular (oder als solches aufgefasst) und NS-Vergleichen beginnt schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit und ist seitdem ein fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses und besonders der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik (in den letzten Jahren auch verstärkt in Österreich und der Schweiz). Die zu beobachtende Zunahme dieser Sprachpraxis während der letzten Jahrzehnte, die intensive geschichtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die allmähli-

che Entstehung eines gesellschaftspolitischen Konsenses über die Unvergleichbarkeit der NS-Verbrechen führte zugleich aber auch zur Entwicklung einer öffentlichen Kritik am instrumentalisierenden Gebrauch dieser als „unangemessen“ betrachteten Vokabeln und zu einem eigenen Kritikwortschatz mit Ausdrücken wie z.B. *unvergleichbar, belastete Wörter, relativieren, verharmlosen, bagatellisieren, verniedlichen und Verhöhnung der Opfer*.

Inzwischen hat sich in der öffentlichen Kommunikation ein festes Handlungsschema etabliert: Nach dem – gewollten oder fahrlässigen – Tabubruch durch die Verwendung eines „belasteten“ Wortes oder eines NS-Vergleichs wird dieser Gebrauch in den Medien als „unangebracht“ bzw. „politisch inkorrekt“ kritisiert, da er den gesellschaftlichen Konsens über die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen verletzt. Daraufhin folgt unweigerlich eine öffentliche Entschuldigung, das Eingeständnis eines Irrtums oder die Behauptung, man habe die Äußerung gar nicht getätigt, gar nicht vergleichen oder in Beziehung setzen wollen.

In diesen Fällen zeigt sich – zum Teil bei den gleichen Sprechergruppen – immer wieder das geradezu schizophrene Auseinanderfallen von öffentlich veriteter Sprachnorm und tatsächlichem Sprachverhalten. Das Streitthema „Vergangenheitsbewältigung“ wird im politischen Geschäft der „Bewältigung der Gegenwart“ von allen Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppierungen ausgenutzt. Trotz der inzwischen ritualisierten, geradezu reflexhaft gewordenen öffentlichen Kritik erfreut sich die Benutzung von NS-Vokabular und NS-Vergleichen in der öffentlichen Kommunikation stetig wachsender Beliebtheit. Diese immer noch zunehmende Inflationierung führt im Resultat aber nicht nur zu einer Relativierung der NS-Verbrechen, sondern auch dazu, dass sich dieser Sprachgebrauch allmählich „abnutzt“. Je häufiger NS-Vokabular und NS-Vergleiche eingesetzt werden, desto alltäglicher erscheinen sie und desto weniger zuverlässig funktioniert ihr Einsatz als „Aufmerksamkeitserreger“ und „Waffe“ in der im öffentlichen Diskurs und vor allem der politischen Auseinandersetzung. Die gezielte sprachliche Normverletzung sichert nicht mehr auto-

matisch die öffentliche Aufmerksamkeit. Ablesen lässt sich das unter anderem daran, dass inzwischen eine Vielzahl solcher sprachlichen „Entgleisungen“ von den Medien nur noch vermeldet, jedoch nicht mehr kritisch kommentiert werden und dass neue „Bildspendebereiche“ wie etwa die DDR oder die Stasi (z.B. *Stasimethoden*) auftauchen.

Dennoch sollte es im öffentlichen Diskurs nicht darum gehen, bestimmte „belastete“ Wörter als solche zu tabuisieren, aus Gründen der „Political Correctness“ Ersatzbezeichnungen für sie zu finden oder sie gar zu verbieten, sondern darum, die Gesellschaft – möglichst breit und möglichst früh – zu sensibilisieren, indem man über ihren Ursprung, ihre Verwendungsgeschichte und -möglichkeiten und die Intention derjenigen aufklärt, die sie einsetzen. ◆

Literatur

- Brackmann, K. / Birkenbauer, R.: NS-Deutsch. „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 1988.
Eitz, T./Stötzel, G.: Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-

- Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Bd. 1, Hildesheim/Zürich/New York 2007.
Eitz, T./Stötzel, G.: Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Bd. 2, Hildesheim/Zürich/New York 2009.
Fischer, T./Lorenz, M. N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007.
Klemperer, V.: LTI. Notizbuch eines Philologen, Berlin 1947.
Schottmann, C.: Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934. Stuttgart 1997.
Schmitz-Berning, C.: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 1998.
Sternberger, D./Storz, G./Süskind, W. E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Hamburg 1957.
Stötzel, G.: Nazi-Verbrechen und öffentliche Sprachsensibilität. Ein Kapitel deutscher Geschichte nach 1945. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht (SuL) 29 (1989), H. 63, S. 32-52.
Stötzel, G.: Der Nazi-Komplex. In: Stötzel, G./Wengeler, M. (Hrsg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/New York 1995, S. 355-382.



Es ist gut, dass man sie nicht mehr „Zigeuner“ nennt.

Fachbeitrag

Wirkliche oder willkürliche Wirklichkeit?

Die Geschlechterfrage zwischen Wissenschaft, Politik und Ideologie

von Dirk Schulz



Dr. Dirk Schulz ist Geschäftsführer der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung GeStiK – Gender Studies in Köln der Universität zu Köln.

Der Weg der Paradoxe ist der Weg zur Wahrheit. Um die Wirklichkeit zu prüfen, muss man sie auf dem Seil tanzen lassen.

Oscar Wilde, 1890

Es scheint mir die Möglichkeit zu geben, die Fiktion in der Wahrheit zum Arbeiten zu bringen, mit einem Fiktions-Diskurs Wahrheitswirkungen hervorzurufen und so zu erreichen, daß der Wahrheitsdiskurs etwas hervorruft, ‚fabriziert‘, was noch nicht existiert, also ‚fingiert‘.

Michel Foucault, 1978

Bezüglich der Geschlechterfrage bzw. angesichts der vielfältigen unterschiedlichen Ansichten und Debatten hierzu lassen sich Widersprüchlichkeiten und Kontroversen nicht übersehen. Und sicher auch nicht vermeiden. Die hitzigen öffentlichen Debatten zu Gender Mainstreaming und zur „Homo-Ehe“, zur „weiblichen“ Anrede aller Mitarbeiter/in-

nen der Universität Leipzig und den „Jungen“ als Verlierer in einem „feminisierten“ Bildungssystem, zu „Männern“ als „Opfer“ der Emanzipation und den Forderungen nach Frauenquoten oder auch die Sexismusdebatte in Folge der verbalen Übergriffe Rainer Brüderles, sind dadurch gekennzeichnet. Medial gestalten sich die Kontroversen immer wieder als eine Gegenüberstellung von Sachlichkeit und Emotion, Faktenlage und Ideologie, Notwendigkeit und Unsinn und – als Ausgangspunkt all dieser showdowns – von Frauen und Männern. Die Diskussionen, Artikel, Streitschriften, Glossen und Kommentare sind geprägt von den jeweiligen Bemühungen um eindeutige Grenzziehungen und einer klaren Bestimmbarkeit von naturgegebenen Ungleichheiten der Geschlechter einerseits und kulturell geprägten Konventionen andererseits. Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, welche Unterschiede nicht geleugnet werden dürfen bzw. können und welche verhandelbar sind. Erkennbar in den vielen Diskussionen ist zudem, dass eine verordnete Political Correctness hier ebenfalls an ihre Belastungsgrenzen stößt.

Verunsicherung der „binären Geschlechterordnung“

Der „Geschlechterkampf“ bzw. die grundsätzlichen Differenzen von Männern und Frauen sind in einer essentiell heteronormativen Logik demnach nur sozio-historischer Ausdruck eines biologisch-hormonellen Programms und kein gesellschaftlicher Missstand. In einer solchen Vorstellung von Geschlechter-Komplementarität muss die mittlerweile gesellschaftlich erwartete Political Correctness – die sich demnach als artifizielle „Gleichmacherei“ von Männern und Frauen geriert – einen großen Unbill erzeugen. Schließlich muss durch die Political

Correctness – „Wir sind alle gleich“ – eine Grundlage des heterosexuellen Geschlechterverhältnisses ständig verleugnet, ja sogar verkehrt werden. Die nun durchgängig „weibliche“ Anrede von Mitarbeiter_innen an der Universität Leipzig wird von Vielen als absurd angesehen. Doch was macht diesen Schritt „lächerlicher“ als das unterstellte Mitgemeint-sein von Frauen in einer „männlich“ geprägten Rhetorik der deutschen Sprache? Die zumeist nicht eingestandene Widersprüchlichkeit und Artifizialität durch unsere symbolische Ordnung von Identitäten wird hier lediglich offen gelegt: Sprache schreibt zum einen Bedeutung zu, ihr ist aber keine Bedeutung inhärent. Unsere Identitätsverständnisse beruhen daher allein auf ihrer Naturalisierung durch Wiederholungen und Konventionen. Die „weibliche“ Anrede ist daher vor allem nur eine Gewöhnungsfrage, eine Umkehr, die gleichzeitig die Künstlichkeit von Sprache per se ausstellt.

Was die meisten Debatten in besonderer Weise prägt, ist das Bemühen um eine Grenzziehung von einerseits zu Recht zu sanktionierenden Formen des Sexismus und dem fälschlicherweise tabuisierten Prinzips des „Gegensätze ziehen sich an“ als der zugrundeliegenden „Natur der Heterosexualität“ andererseits. Gerade in letzter Zeit schlägt die – vor allem durch feministische und queere Interventionen herbeigeführte – Verunsicherung der binären Geschlechterordnung, ihre grundsätzliche Hinterfragung von Heteronormativität als naturgegeben sowie ihre Dekonstruktion essentieller Identitätsvorstellungen in den öffentlichen Debatten daher offenkundig in massive Gegenwehr um. Diese äußert sich vielerorts in Empörung und Aggression oder aber in den politischen und medialen Versuchen, feministische und/oder queere Diskursbeiträge als absurd auszugrenzen und als „aus der Luft gegriffen“ lächerlich zu machen. Die Verteidigung der heteronormativen Geschlechterordnung ist beispielhaft abzulesen an Russlands Verbot der öffentlichen Thematisierung bzw. Artikulierung gleichgeschlechtlichen Begehrens, in den Massendemonstrationen in Frankreich gegen die „Homo-Ehe“, aber auch in hiesigen Protesten und Bedenken gegenüber Sorge- bzw. Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Denn vielmehr als die Verhandlung von „glei-

chen“ Rechtsansprüchen ist die Infragestellung der Natürlichkeit, Normalität und Souveränität von „Heterosexualität“ und der essentiellen Zweigeschlechtlichkeit, auf die sie gründet, das Problem, das sich in den massiven Protesten gegen die „Popularisierung“, Normalisierung und Gleichstellung von Homosexualität niederschlägt.

Warum Homosexualität marginalisiert wird

Gleichgeschlechtliches Begehren provoziert die Geschlechterfrage in besonders markanter Weise, weil sie sich eben nicht an die mehrheitlich vorausgesetzte Triade binärer Geschlechts-, Gender- und Begehrendispositionen binden lässt. Ihre deterministische Logik – die anatomisch-biologische Differenz von Frauen und Männern bringt per se Verhaltens- und Kompetenzunterschiede mit sich und produziert und strukturiert das Begehren nach dem „Anderen“ – behält eben nur in dieser Komplementarität und Bezogenheit aufeinander ihre wesentliche Signifikanz. Verstanden als eine sexuelle Möglichkeit unter vielen, könnte gleichgeschlechtliches Begehren nicht nur die angenommene Natürlichkeit der heterosexuellen Geschlechter- und Begehrendispositionen entkräften, sondern eben auch die geläufigen Erwartungs- und Identifikationsmuster geschlechtlicher Identitäten durcheinander bringen, die sich auf zwei mögliche „Geschlechtskörper“ beruht und daraus essentielle Eigenschaften und Praxen ableitet. Also muss Homosexualität – und mit ihr folglich auch alle anderen Begehrens- bzw. Geschlechterperformanzen, die diese heteronormative Matrix von Sex problematisieren – ob nun als „Inversionen“, „Perversionen“ oder „genetische Defekte“ immer wieder als deviant markiert, kategorisiert und marginalisiert werden.

Die unterstellte kategoriale Andersartigkeit und Abgrenzung von Homosexualität – so als ließen sich nicht unendlich viele unterschiedliche Potenziale, Muster und Praxen von Geschlecht, Gender und Begehren in allen zwischenmenschlichen Begegnungen finden – ist also unabdingbar für das Fortbestehen einer „zweigeschlechtlich codierten Gesellschaft [...]“, die sich gerade dadurch

auszeichnet, dass sie durch und durch dem zweigeschlechtlichen Code unterliegt“ (Rendtorff 2000, S. 44). Deshalb wertet beispielsweise das Argument, dass jedes Kind Mutter und Vater braucht, die Vorstellung, dass Familie aus einer solchen personellen Konstellation bestehen sollte oder sogar muss, nicht nur Homosexualität als minderwertig oder fehlerhaft ab. Es setzt als Prämisse ebenfalls voraus, dass Weiblichkeit und Männlichkeit essentiell binäre Körperlichkeiten und Seinsweisen darstellen, die eindeutig und dauerhaft erkenn- und zuschreibbar sind. Nur die Annahme, dass Männer und Frauen zwei jeweils gegensätzliche Wesenheiten verkörpern und die Identifikation mit einem Geschlecht nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, macht aus dem Argument eine unabdingbare Voraussetzung für eine „gesunde“ Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Auch in dieser Sorge zeigt sich, dass „die Ausgestaltung von Geschlechtstypen, die eigene Zuordnung dazu und auch die normativen Zuschreibungen zu diesen ‚Typen‘ die Aufgabe haben, die [als notwendig erachtete] geschlechtliche Ordnung immer wieder aufs Neue zu befestigen“ (ebd., S. 44).

Die empfundene Bedrohung des zweigeschlechtlichen Codes findet sich ebenso in der vielfach geäußerten Sorge über die „Verweiblichung“ bzw. „Entmännlichung“ der Jungen in einem feminisierten Bildungskontext wieder oder auch in der vielfachen Unterstellung, „der“ Feminismus und/oder „die“ Gender Studies seien „männerfeindlich“. Diese Wahrnehmungen setzen eine klare Bestimmbarkeit und Separation von Männlichkeit und Weiblichkeit voraus, die sie an ebenfalls eindeutig identifizierbare Geschlechtskörper und daraus abgeleitete, durch genetische Programme und Hormone naturgegebene Eigenschaften koppeln. Aber wer spricht hier über und für wen? Wer kann für „die Frauen“ oder „die Männer“ sprechen? Und warum wird so



viel über die Geschlechterfrage gesprochen, ohne grundsätzlich und ernsthaft ihre binäre Ordnung in Frage zu stellen? Es geht vor allem darum, das Wort zu er- und Recht zu behalten und somit die Meinungshoheit über ein Thema zu gewinnen, das sich als besonders komplexer Diskurs und durch seine ständige Diskursmultiplikation auszeichnet. So zeigen unter anderem postkoloniale Theorien, Disability Studies, queere und subalterne Beiträge sowie die Intersektionalitätsforschung ständig die vielfältigen Perspektivierungsnotwendigkeiten des Diskurses über Geschlecht und Sexualität.

Gesellschaftliche Erwartungen an geschlechtliche Identität

Der Diskurs ist nach Michel Foucault immer „dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht“, um „die Herrschaft über die Meinungen zu gewinnen, um durch ‚Ausschlussprozeduren‘ zu bestimmen, was innerhalb und was außerhalb der Wahrheit liegt“ (vgl. Foucault 1974, S. 12 u. 29). Zeigt also das Bemühen um Meinungsherrschaft und die Aufregung in den öffentlichen Genderdebatten nicht genau ein unschwerfliches Wissen um die Fragilität und Konstruktivität von heteronormativen Identitäts- und Denkmustern? Wenn Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität so essentiell und selbstverständlich sind, müssten Gesellschaften dann nicht auf eine natürliche Regulierung vertrauen dürfen und gelassener mit angenommenen Minderheiten und Abweichungen umgehen können?

Fachbeitrag

„Das Problem sieht so aus: wie kommt es, daß in einer Gesellschaft wie der unseren die Sexualität nicht einfach das ist, was für die Fortpflanzung der Art, der Familie, der Individuen sorgt? Nicht einfach etwas, was Lust und Genuß bereitet? Wie kommt es, daß sie als der privilegierte Ort angesehen worden ist, am dem sich unsere tiefe ‚Wahrheit‘ ausspricht oder ablesen läßt?“ (Foucault 1978, S. 176) In einer queeren Denkrichtung wird „unsere tiefe Wahrheit“ – so sehr man sich auch um wissenschaftliche bzw. „objektive“ Zugänge bemüht – aber eben nicht ablesbar, sondern wird uns im Gegenteil durch normative Zuschreibungen einverleibt. Nicht unsere Körper erzeugen geschlechtliche und sexuelle Identitäten, sondern gesellschaftliche Erwartungen und Sanktionen. Bieten dichotome Kategorien für unser geschlechtliches und sexuelles Sein und Werden dann überhaupt Orientierungshilfen? Oder produzieren sie durch ihre Insistenz auf Eindeutigkeit nicht vielmehr immer wieder Momente der Entfremdung und Irritation? Worauf verzichten wir? Welcher Teil von uns ginge verloren, wenn wir die binäre Geschlechterordnung anzweifeln? Diese Fragen stellen sich insbesondere dann, wenn es sich doch so offenkundig um eine Ordnung handelt, die immer wieder aufs Neue beschworen und bestätigt werden muss. Werden wir aber nicht immer wieder enttäuscht und desorientiert, eben weil diese Ordnung symbolisch und performativ verfasst ist? Wird die Klarheit und Grundsätzlichkeit der kategorialen Zuschreibung von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten durch unsere alltägliche Erfahrungswelt nicht immer wieder frustriert?

Theorien werden lächerlich gemacht

Geschlechterforschungen und -theorien erscheinen in einem herkömmlichen Bild von einer „reinen“ Forschung verdächtig, weil sie etablierte Trennlinien zwischen wissenschaftlichem Objektivitätsanspruch, ideologischer bzw. politischer Ausrichtung und persönlichen Zugängen unterlaufen. Dabei ist nicht die Suche nach einer endgültigen und objektiven Wahrheit, Definition oder Essenz Ausgangspunkt für die Erforschung

von Geschlechterkonzepten, -performanzen und -verhältnissen. Vielmehr wird „die grundlegende historische Kontingenz aller Wissensansprüche und Wissenssubjekte“ vorausgesetzt und ausgestellt und somit „eine kritische Praxis zur Wahrnehmung unserer eigenen bedeutungserzeugenden Darstellungen“ entwickelt, „die einer ‚wirklichen‘ Welt die Treue halten“ kann (Vgl. Haraway 1995, S. 78f.) Der wiederkehrende Vorwurf einer unwissenschaftlichen Selbstreferentialität und biographisch-politischen Motivation von Geschlechterforschungen verkennt genau dieses Bemühen, „einer ‚wirklichen‘ Welt die Treue zu halten“. Das Eingeständnis von Partialität, Perspektivierung, Widersprüchen, unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten und -weisen sowie ihre Begrenzungen gehört zu den Gender Studies und ermöglicht gerade deshalb die immer wieder notwendige Hinterfragung von kanonisierten und naturalisierten Wissensdiskursen. Die Suche nach Wahrheit, Wirklichkeit und Wissen bedeutet nicht allgemein- und endgültige Naturgesetze, Fakten und Identitäten zu finden, sondern die Bedingungen zu analysieren, unter denen ihnen Bedeutung zukommt oder aberkannt wird.

Viele der öffentlichen Debatten machen jedoch deutlich, dass die Infragestellung der etablierten Annahme von natürlicher Zweigeschlechtlichkeit, die Kritik an heteronormativen und hierarchisierenden Ordnungsmustern sowie Fragen von gleichberechtigter Partizipation und Repräsentation auch immer wieder einen empfindlichen Nerv treffen. So werden viele Bemühungen und Einflüsse der Gender und Queer Studies in der öffentlichen Debatte lächerlich gemacht oder attackiert „aus dem tief sitzenden Wunsch, die binäre Geschlechterordnung als natürliche oder notwendige beizubehalten, aus ihr eine Struktur zu machen, der sich, sei sie nun natürlich oder kulturell oder beides, kein Mensch widersetzen und dabei menschlich bleiben kann. Wenn eine Person [...] einen kritischen Standpunkt dazu einnimmt und [dieser] lesbar ist, dann entsteht Gewalt offenbar genau als das Verlangen, diese Lesbarkeit zu zerstören, ihre Möglichkeit in Frage zu stellen, sie unwirklich und unmöglich zu machen“ (Butler 2009, S. 62).

„Wissenschaftlich“ oder „unwissenschaftlich“?

Im Bemühen, die Zweigeschlechterordnung als natürliche oder notwendige beizubehalten, werden die Erkenntnisse und Theorien der Gender Studies allzu oft als „unwirklich“ und „realitätsfremd“ von den öffentlichen Debatten fern gehalten bzw. als „unwissenschaftliche“ Fiktionen, Ideologien und Utopien aus dem „Wahren“ ausgeschlossen. So werden zu meist genau die Forschungsergebnisse herbeigezogen, die grundlegende und natürliche Geschlechterdifferenzen zu bestätigen scheinen. In der „Beweisführung“ werden dabei die Naturwissenschaften oft gegen die Geistes- und Sozialwissenschaften ausgespielt. Die Idee dahinter scheint zu sein: Naturwissenschaften wissen um die Wirklichkeit, die Anderen diskutieren darüber. Aber auch hier lässt sich die kategorische Trennlinie nicht essen tiell ziehen, denn viele Naturwissenschaftler_innen sind auch Gender Theorien gegenüber aufgeschlossen bzw. beteiligen sich daran und umgekehrt.

In Bezug auf die dem Artikel vorangestellten Zitate möchte ich daher eher fragen, warum wir nicht „die Fiktion in der Wahrheit zum Arbeiten bringen“ und den „Weg der Paradoxe“ gehen? Nicht um Chaos herbeizuführen, sondern um uns um mehr Möglichkeiten von Daseinsformen und -berechtigungen zu bemühen, statt immer wieder auf eine endgültige, eindeutige Klärung bzw. Bestätigung der Binarität der Geschlechter zu hoffen, die ständig frustriert wird. ◆

Literatur

- Butler, J.: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen, Frankfurt a. M. 2009.
- Foucault, M.: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a. M. 1974.
- Foucault, M.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978.
- Haraway, D.: Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Dies.: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 73–97.
- Rendtorff, B.: „Braucht die weibliche Identität einen Körper – oder Anatomie ist Schicksal?“ In: Frankfurter Frauenschule (Hg.): Die Frage der Sexuierung, Königstein/Ts. 2000, S. 43–65.

„Political Incorrect“ – Hass im Internet

von Alice Lanzke



Alice Lanzke ist Diplom-Politologin und hat einen Master in Journalismus. Nach dem Studium arbeitete sie mehrere Jahre als freie Journalistin vor allem für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit den Schwerpunkten Politik, Wissen und Kultur. Seit 2012 arbeitet sie als Redakteurin für die Amadeu Antonio Stiftung und betreut hier das „Netz gegen Nazis“ sowie die Öffentlichkeitsarbeit für „no-nazi.net – Für Soziale Netzwerke ohne Nazis“.

Sie tarnen sich als besorgte Bürgerinnen und Bürger, werfen mit pseudowissenschaftlichen Argumenten um sich, posten offen rassistische Parolen oder verstecken ihre Hetze unter dem Deckmantel des Humors: Neonazis versuchen mithilfe ganz bestimmter Kommunikationsstrategien im Internet zu mobilisieren, zu rekrutieren und ihren Hass zu verbreiten. Umso wichtiger ist es, diese Taktiken zu (er-)kennen, die richtigen Gegenstrategien anzuwenden – und einen deutlichen Kontrapunkt gegen die rechtsextreme Propaganda zu setzen.

Die Hand zum Hitlergruß erhoben, im Hintergrund eine Hakenkreuz-Fahne und auf dem Couchtisch eine zerlesene Ausgabe von „Mein Kampf“: Wer meint, Nazis im Internet anhand solcher eindeutiger Profilbilder erkennen zu können, hat eine beunruhigende Entwick-

lung verpasst. Die Taktiken der Rechtsextremen im World Wide Web und dabei insbesondere in den sozialen Netzwerken sind mittlerweile um einiges raffinierter – und damit umso gefährlicher.

Geschickt passen Neonazis ihre Kommunikationsstrategien den sich ständig wandelnden Möglichkeiten der Online-Landschaft an: Munter teilen sie jugendaffine, schnell geschnittene Clips, kreieren rassistische Pic Badges oder lotsen vor allem Jugendliche per QR-Code auf ihre menschenverachtenden Inhalte. Denn speziell junge Menschen stehen im Fokus der rechtsextremen Ansprache. Sie sollen durch die sozialen Netzwerke rekrutiert und – einmal erfolgreich angesprochen – auch mobilisiert werden.

Facebook, Twitter und Co. haben sich dabei als ideale Medien erwiesen: Innerhalb von Sekunden kann potenziell ein breites Publikum erreicht werden, vor allem aus der Lebenswelt junger Menschen sind soziale Netzwerke nicht mehr wegzudenken. Kein Wunder also, dass Rechtsextreme das Web 2.0 intensiv und geschickt nutzen.

Das Problem: Ohne Gegenwind haben Neonazis das Gefühl, eine stille Unterstützerschaft hinter sich zu wissen, verbreiten auch online ein Gefühl der Angst und bringen nicht-rechte Stimmen zum Verschweigen.

Wo findet der Hass statt?

Nicht nur im Rahmen unserer Projektarbeit¹ zeigt sich deutlich, dass sich rechtsextreme Propaganda in die sozialen Netzwerke verlagert hat. So stellte „jugendschutz.net“ in einer aktuellen Studie einen signifikanten Anstieg in diesem Bereich fest und zählte 2012 fast 50 Prozent mehr an entsprechenden Beiträgen (2012: 5.500, 2011: 3.700).² Gleichzeitig fiel die Zahl der rechtsextremen Szene-Websites: von 1.671 in 2011 auf

Didaktische Werkstatt

1.519 Websites. Dazu passt ein weiterer Trend: Statt auf statische klassische Websites setzt die Szene auf moderne, multimediale Blogs. Diese präsentieren sich zwar oft mit unverfänglichem Titel und jugendaffiner Ansprache, verbreiten dann aber doch vor allem demokratiefeindliche Inhalte.

Daneben beobachtet „jugendschutz.net“ aber auch häufiger unverhohlenen Hass und Gewalt im Netz. So hat sich 2012 die Zahl der gravierenden Jugendschutzverstöße erhöht: Von 1.673 registrierten Inhalten waren 1.343 strafbar. Fast immer befanden sich diese Inhalte auf ausländischen Plattformen. Ein Beispiel dafür ist das russische Netzwerk „VK“: Mehr und mehr Neonazis weichen hierher aus, da Facebook mittlerweile rigoröser löscht. „VK“ ist zum sicheren Hafen für die Szene geworden – mit entsprechenden Folgen: So sind auf den Seiten des Netzwerks auch Videos zu sehen, die rassistische Tötungen zeigen.

Rassistisch und menschenverachtend

Doch um menschenverachtende Propaganda zu finden, reicht ein Blick auf deutsche Facebook-Seiten – so etwa die der selbst ernannten Bürgerinitiative „Nein zum Heim in Pätz“, die seit Oktober 2013 gegen ein Flüchtlingsheim in der brandenburgischen Stadt hetzt. Hier ist etwa zu lesen:

„brennt die scheiße schon vorher ab“, „Wo kein Haus ist, kann auch keiner wohnen!!“, „Sie können auch nach 100 Jahren keine Deutschen sein wenn ein Esel im Pferdestall geboren wird bleibt er trotzdem ein ESEL“³

Die Facebook-Seite strotzt vor solchen und ähnlichen Parolen. Gleichzeitig zeigt sie exemplarisch, mit welchen Mitteln rechtsextreme, rassistische und menschenverachtende Inhalte heutzutage

über die Kommunikationswege des Web 2.0 verteilt werden.

Offene Hetze als Kommunikationsstrategie

Speziell lokale Themen und Konflikte werden von Neonazis gerne instrumentalisiert, um offensiv ihre Propaganda zu streuen: Wenn es beispielsweise um den Bau von Moscheen oder eben Asylunterkünften geht, finden sich schnell sogenannte „Bürgerinitiativen“ zusammen, deren Mitglieder sich gegenseitig in ihren Vorbehalten und stereotypen Menschenbildern bekräftigen. Besonders gefährlich dabei ist allerdings, dass nicht jeder dieser „besorgten Bürger“, wie es im Duktus der rechten Initiativen gerne heißt, rechtsextrem ist. Durch die offene Propaganda politisch klar einzuordnender Diskutierender verschärft sich jedoch schnell das Diskussionsklima – Solidarisierungseffekte treten ein. Genau auf diesen Solidarisierungseffekt setzen rechtsextreme Kommunikationsstrategen: Typische Feindbild-Strukturen sollen aufgebaut und erhalten werden. Verallgemeinerung und Vereinfachung komplexer sozialer Gefüge erzeugt ein künstliches „Gruppen-Wir“, das dann gegen das feindliche „Die Anderen“ abgegrenzt wird. Durch die ständige Wiederholung radikaler Stereotype und fanatischer Zukunftsvisionen versuchen Rechtsextreme darüber hinaus, Ängste in der nicht-rechten Bevölkerung zu schüren.

Neben rassistischen, antisemitischen und homophoben Beschimpfungen, die leider auch in der Alltagssprache verwendet werden, sind typische Feindbilder mit passenden Begriffen versehen. Die Regierung („Besatzregime“) besteht im Sprachgebrauch der Neonazis nur aus „Systempolitikern“ und „Systemparteien“. Menschen, die sich gegen

Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen, werden zu „Multikulti-Extremisten“, „Multikulti-Umerziehern“ oder einfach „Gutmenschen“. Migranten werden grundsätzlich als „Asylbetrüger“ oder ironisch „Kulturbereicherer“ bezeichnet.

Propaganda im Tarnmantel

Neben der unverhohlenen Hetze gibt es allerdings auch subtilere rechtsextreme Kommunikationsstrategien: Über verschiedene Strategien zur Verschleierung der eigentlichen Aussage und Intention versuchen Neonazis, ihre Ideologie subtil zu positionieren und lenkend in Diskussionen einzugreifen. Das wird etwa bei der Facebook-Seite „Deutschland gegen Kindesmissbrauch“ deutlich: Neonazis greifen das hochemotionale Thema gerne auf, um eine große Zahl von „Gefällt mir“-Angaben zu generieren und dann Posting für Posting rassistische Propaganda einzustreuen.

Diese Strategie zeigt sich ebenfalls bei den bereits erwähnten vermeintlichen Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte: Hier diskutieren eben nicht nur besorgte, sondern eben auch eindeutig rechtsextreme Personen – wie beispielsweise NPD-Funktionärin Maria Fank. Am Beispiel der „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ wird die Nähe dieser Gruppierungen zur rechtsextremen NPD deutlich: Im Netz, aber auch auf Flyern werden wortgleiche Parolen verbreitet, NPD-Vertreter melden sich auf den entsprechenden Seiten zu Wort, ohne sich als Mitglieder der Partei zu erkennen zu geben.⁴

Zerstören, verdrehen, verwirren

Daneben versuchen Rechtsextreme, konstruktive Diskussionen auf strategisch-



sprachlicher Basis zu torpedieren. Indem sie falsche Zusammenhänge herstellen oder inhaltliche Sprünge einbauen, die es schwer machen, dem Argumentationsgang zu folgen, versuchen sie, vom ursprünglichen Thema abzulenken und ihre Ideologie „mit Gewalt“ zu platzieren.

Anstatt auf Fragen direkt zu antworten, kontern sie mit Gegenfragen, die subtil eine ideologische Vorannahme voraussetzen. Dadurch wird der Diskussteilnehmer in eine Passivität gedrückt, aus der heraus er schwer argumentieren kann. Er kann nicht mehr agieren, nur noch reagieren und wird so als „unterlegen“ dargestellt.

Eine weitere weit verbreitete rechte Technik ist das sogenannte „Themen-Hopping“. Statt beim eigentlichen Thema zu bleiben, werfen die Initiatoren mit verschiedenen Diskussionsansätzen nur so um sich. Für die anderen Diskussteilnehmer ist es unmöglich, jedem Argumentationsstrang zu folgen. Durch schiere Quantität sollen Machtverhältnisse demonstriert werden. Die gleiche Taktik steckt hinter dem Posten unzähliger Links, die auf angebliche Beweise zur Untermauerung der eigenen Theorie führen sollen. Die Menge an Informationen, die dabei transportiert wird, ist für die meisten Nutzerinnen und Nutzer einfach nicht zu bewältigen.

Sinn und Zweck der (Zer-)störung konstruktiver Diskussionen ist, sich Platz für die eigenen Thesen „freizukämpfen“. Oft geht es nur darum, den „Gegner“ zu ermüden oder zu verwirren. So steigen viele Diskutanten nach dem ersten oder zweiten inhaltlichen Sprung, dem dritten oder vierten neuen Argumentationsansatz einfach aus der Diskussion aus und überlassen den Neonazis das Terrain. Diese haben nun leichtes Spiel. Sie werten den Ausgang der Diskussion als Sieg und stärken damit nicht nur ihr eigenes Selbstbewusstsein, sondern sorgen auch für Verunsicherungen bei den stillen Mitlesern.

Falsche Statistiken und fragwürdige Quellen

Von Studien zu Deutschenfeindlichkeit über Statistiken zu „Ausländerkriminalität“ bis hin zu Rassistheorie und So-

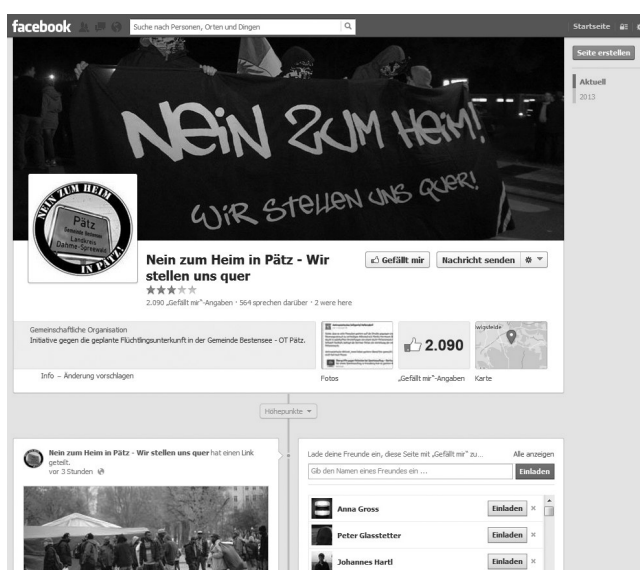
zialdarwinismus: Neonazis bedienen sich aller ihnen zu Verfügung stehender Mittel, um ihre menschenfeindliche Ideologie mit mutmaßlich wissenschaftlichem Unterbau zu versehen.

Phrasen wie „Das sind Fakten!“ oder „Erkennt endlich die Wahrheit!“ leiten häufig Verweise auf Studien oder Statistiken ein, welche die Neonazis uminterpretieren, um auf vermeintlich neutraler Basis zu argumentieren. Um eine scheinbar objektive, wissenschaftliche Argumentation aufzubauen, ziehen sie dabei falsche oder aus dem Kontext gerissene Zahlen, zweifelhafte Studien, haarsträubende Vergleiche und falsche Experten heran. Sie erschaffen ein enges Netz aus sich gegenseitig bestätigenden „Fachleuten“ und erzeugen so ein Expertentum, das bei genauer Analyse leicht aufgebrochen werden kann.

Ist doch nur Spaß!

Eine besonders perfide rechte Kommunikationsstrategien von Nazis im Netz ist der Einsatz von Humor: In Form von vermeintlich lustigen Sprüchen, Bildern und Cartoons werden – oft ohne konkret rechtsextremen Hintergrund – Menschen bestimmter Gruppenzugehörigkeit offen diskriminiert und verlacht. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Facebook-Gruppen bei jungen Menschen beliebt, die laut Selbstbeschreibung „schwarzen“ oder „umstrittenen“ Humor in Umlauf bringen. Wer sich hier auf vermeintlich „spießige“ Werte wie die Menschenwürde beruft, wird schnell als „Spaßverderber“ dargestellt. Viele Nutzerinnen und Nutzer feiern sich als besonders „rebellisch“, wenn sie umstrittenen Humor verbreiten und wissen gar nicht, welche Mechanismen sie damit in Gang setzen.

Ganz besonders gewiefte Hobby-Komiker führen in diesem Zusammenhang



gerne das Argument der Meinungsfreiheit an. Aussagen wie „Wenn man nicht mal mehr einen Witz machen darf...“ oder „Wir haben immer noch Meinungsfreiheit“ sind typische Rechtfertigungen, die man zu hören bekommt. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Meinungsfreiheit ja, Menschenverachtung nein.

Das Problem: Über vermeintliche „Witze“ können rassistische Ideologien verharmlost oder sogar normalisiert werden. Mit jedem Witz, der den Holocaust parodiert, nimmt die Hemmschwelle ab. Bis es „ganz normal“ scheint, sich über den industriellen Mord an Millionen Menschen lustig zu machen.

Was kann man tun?

Wichtig ist zunächst einmal, sich bewusst zu machen, dass hinter rechtsextremen Inhalten im Netz und dabei vor allem hinter Postings in sozialen Netzwerken oft eine gezielte Kommunikationsstrategie steckt. Es hilft, die unterschiedlichen Strategien zu kennen, um angemessen zu reagieren. Bei offen rassistischen und menschenverachtenden Inhalten gilt es etwa, eine Versachlichung der Diskussion anzustreben. Strafrechtlich relevante Inhalte können und sollten gemeldet werden: In sozialen Netzwerken beim jeweiligen Betreiber, ansonsten gibt es bei jugendschutz.net die Möglichkeit der (anonymen) Meldung.

Didaktische Werkstatt

Stichwort Anonymität: Bei allen Gegenstrategien gegen rechtsextreme Hetze im Netz ist es wichtig, auf die Bedeutung der Privatsphäre-Einstellungen hinzuweisen. Denn gerade beim (Online-) Engagement gegen Rechts sollte darauf geachtet werden, sich selbst zu schützen.

Bei subtileren rechtsextremen Bot-schaften sollte auf das eigene Bauchge-fühl gehört werden: Wirken Beiträge oder Seiten verdächtig, sollte versucht werden, die originäre These herauszu-arbeiten. Helfen kann auch eine Intenti-onsanalyse: Welche Absicht verfolgen eine Geschichte oder der Verfasser ei-nes Postings? In welchem Zusammen-hang wurde ein Kommentar veröffent-licht?

Die Herausarbeitung der originären These bzw. der ursprünglichen Intenti-on ist auch eine Methode, die wir erfol-gerich in den Schüler-Workshops von „no-nazi.net“ anwenden: Gemeinsam werden Facebook-Seiten untersucht, et-wa die von Rechtsextremen gesteuerte Seite „Deutschland gegen Kindesmiss-brauch“, und der Verlauf der Postings und Kommentare analysiert. Wichtig ist hierbei allerdings, die Jugendlichen mit den Inhalten nicht alleine zu lassen. Oft genug haben wir Teilnehmerinnen oder Teilnehmer in unseren Workshops, die selbst auf den vorgestellten Seiten un-bedarft auf „Gefällt mir“ geklickt haben – es ist dann wichtig, deutlich zu ma-chen, dass sie damit keineswegs zum Nazi geworden sind, sondern eben auf eine rechtsextreme Ansprachestrategie reingefallen sind – wie viele andere Use-rinnen und User auch.

Ein weiteres gutes Beispiel ist der In-ternet-Auftritt der sogenannten „Iden-titären Gruppe Deutschland“: Sowohl auf Facebook als auch auf einer eigenen Seite verbreiten deren Mitglieder web-und jugendaffine Bilder und Videos, die professionell gestaltet sind. Mit ihren populärkulturellen Bezügen und der mo-dernen (Bild-)Sprache wirken die Inhalte auf den ersten Blick harmlos – erst auf den zweiten Blick erkennt man, dass hin-ter der raffinierten Aufmachung rassi-stische Botschaften stecken, die vor al-lem gegen den Islam hetzen. Hier hat sich als sinnvoll erwiesen, gemeinsam die Aufmachung der entsprechenden Beiträge zu untersuchen und auch dar-



SIEH NICHT WEG!
RECHTE GEWALT BEGINNT NEBENAN.

ENGAGIEREN SIE SICH MIT EINER SPENDE:
DEUTSCHE BANK BENSHEIM, BLZ: 50370004, KONTO: 030331300

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

auf einzugehen, warum dies sogar an-sprechend wirken kann.

Weitere Beispiele für rechtsextreme Inhalte im Netz sowie Gegenstrategien finden sich in der aktuellen „no-nazi.net“-Broschüre „Liken. Teilen. Het-zen – Neonazi-Kampagnen in Sozialen Netzwerken“. Diese kann online unter [http://no-nazi.net/wp-content/uplo-ads/2013/04/Liken.Teilen.Hetzen.pdf](http://no-nazi.net/wp-content/uploads/2013/04/Liken.Teilen.Hetzen.pdf) als PDF heruntergeladen oder per Email an nonazinet@amadeu-antonio-stiftung.de gegen Erstattung der Portokosten (auch in Klassensatzstärke) bestellt werden. Zudem stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „no-nazi.net“ auch für Workshops und Schulungen zur Verfü-gung. ◆

Anmerkungen

- 1 Seit Jahren entwickelt die Amadeu Antonio Stiftung über die eigenen Online-Portale Gegenstrategien. Der Beitrag fußt hier auf den Erfahrungen mit den journalistischen Portalen „Netz-gegen-Nazis.de“ und „Fussball-gegen-Nazis.de“, der Mutmacher-Seite „Mut gegen rechte Gewalt“ und dem Projekt „no-nazi.net – Für Soziale Netzwerke ohne Nazis“, das sich vor allem an junge Menschen wendet.
- 2 „jugendschutz.net“ (2013): „Rechtsex-tremismus online – beobachten und nachhaltig bekämpfen“, Download unter [http://hass-im-netz.info/filead-min/dateien/pk2013/bericht2012.pdf](http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/pk2013/bericht2012.pdf)
- 3 Alle Fehler im Original.
- 4 Schon im März 2010 riet die NPD in ihrem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ den eigenen Mitgliedern unter der Überschrift „Die NPD in der virtuellen Welt“, sich als „netter Rechter von nebenan“ zu präsentieren.

Verbands- politische Rundschau

Analysen
Positionen
Informationen
Diskussionen

zur Arbeit der
Deutschen
Vereinigung
für
Politische Bildung

Aus der „Verbandspolitischen Rundschau“ wird „DVPB aktuell“

Bereits das Selbstverständnis der POLIS als „Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung“ verweist auf die Bedeutung, die der nachfolgenden Rubrik zukommt: An dieser Stelle informiert die POLIS ihre Leserinnen und Leser über die praktische Arbeit der DVPB. Dabei wird greifbar und lebendig, in wie vielfältiger Weise sich Landesverbände/Partnerverbände und Bundesverband für die Politische Bildung engagieren und planbar, an angekündigten Veranstaltungen oder Initiativen teilzuhaben.

In der Absicht, zielgenau zu wesentlichen Informationen der verbandspolitischen Arbeit zu führen, wird dieser Abschnitt – beginnend mit POLIS Heft 2-2014 – in einer neuen Struktur erscheinen. Die Umbenennung in „DVPB aktuell“ verweist dabei auf den doppelten Charakter der Rubrik als Rückblick auf die verbandspolitischen Aktivitäten im vergangenen Quartal wie auch als Ausblick auf zukünftige Veranstaltungen und Projekte der DVPB. „DVPB aktuell“ wird folgende Unterrubriken umfassen:

„Termine und Personalien“: Eröffnet wird die Rubrik ab POLIS Heft 2-2014 mit einer Übersicht, der sich alle für das jeweilige Quartal angekündigten Veranstaltungen auf Länder- und Bundesebene entnehmen lassen und die außerdem über wichtige Personalien informiert. Termine von übergeordnetem Interesse wie Sitzungen des Erweiterten Bundesvorstandes oder die Terminierung des Bundeskongresses Politische Bildung werden in einer separaten Unterrubrik ‚Vorankündigungen‘ ausgewiesen, die übrigen Veranstaltungen in einer tabellarischen Übersicht für das jeweilige Quartal aufgeführt. Weitergehende Informationen zu den Veranstaltungen (insbesondere Programmskizzen

und Anmeldungsmodalitäten) können ggf. im Berichtsteil untergebracht werden (s.u.).

Unter **„Personalien“** wird sowohl über neu gewählte Vorstände der DVPB informiert, als auch über wichtige Personalentscheidungen in der Politischen Bildung (z.B. Neubesetzungen von Landeszentralen für Politische Bildung, Lehrstühlen der Politischen Bildung oder Führungsstellen in der Erwachsenenbildung).

„Berichte“: Die nach Bundesverband und den einzelnen Landesverbänden gegliederte Berichterstattung wird weiterhin das Herzstück der Rubrik bilden und – entsprechend den verbandspolitischen Aktivitäten auf Bundesebene sowie den eingehenden Referaten aus den Landesverbänden – das Verbandsleben vor dem Hintergrund vielfältiger Anlässe beleuchten. Um zu vermeiden, dass die Redaktion der Beiträge große Kürzungen erfordert, sollen einzelne Berichte nicht mehr als 2800 Zeichen (inkl. Leeranschlüsse, zzgl. Illustrationen) umfassen. Beiträge von besonderem verbandspolitischen Interesse können ggf. für die Unterrubrik ‚Impuls‘ angemeldet werden (s.u.).

„Impuls“: Um innovative Ansätze der Verbandspolitik besonders zu würdigen und als Best practice Beispiele fruchtbar zu machen, wird „DVPB aktuell“ regelmäßig die Unterrubrik ‚Impuls‘ umfassen. Von Interesse sind etwa Einblicke in besondere Projekte einzelner Landesverbände (wie z.B. die in POLIS Heft 4-2013 vorgestellte ‚Unterrichtswerkstatt‘ des sachsen-anhaltinischen Landesverbandes), Berichte über gut angenommene Angebote an Mitglieder und Interessierte oder Skizzen erfolgreicher Strategien der Mitgliedergewinnung. Sofern ein entsprechender Beitrag vorliegt, wird er dem Abschnitt ‚Berichte‘ vor-

Verband

ausgestellt. Der eine Heftseite umfassende ‚Impuls-Beitrag‘ (ca. 5500 Zeichen + Abbildungen) soll pointiert formuliert sein und nach Möglichkeit mit Grafiken oder Fotos illustriert werden.

Mittelfristig ist geplant, dass die Unterrubrik jede Ausgabe erscheint und mit einer kurzen Vorschau auf das Thema der nächsten Ausgabe schließt – wünschenswert ist dann eine wechselnde Beteiligung der Landesverbände. Da aus Platzgründen nicht mehr als ein ‚Impuls-Beitrag‘ pro Heft berücksichtigt werden kann, wird bei einem entsprechenden Berichtsinteresse um eine frühzeitige Kontaktaufnahme gebeten.

Die strukturellen Änderungen der Rubrik sollen – beginnend mit der nächsten Ausgabe der POLIS – zunächst erprobt werden. Daher die freundliche Bitte, sich mit Anregungen und Kritik nicht zurückzuhalten:

(m-p.haarmann@ipw.uni-hannover.de).

Selbstverständlich wird der Autorenstamm der Rubrik zeitnah per E-Mail mit weitergehenden Informationen versorgt, die für die interne Abstimmung und Koordination der redaktionellen Zusammenarbeit notwendig sind. Interessierte Mitglieder oder Partner der DVPB, die eine Aufnahme in den Verteiler wünschen, weil sie gerne an der Rubrik mit-

arbeiten wollen, bitte ich um eine entsprechende Rücksprache mit dem jeweiligen Landesvorstand bzw. mit dem Vorstand des Partnerverbandes.

Abschließend möchte ich mich noch einmal im Namen der gesamten POLIS-Redaktion herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die diesen Teil der POLIS Ausgabe für Ausgabe ermöglichen. Ich freue mich darauf, die Rubrik auch künftig gemeinsam mit Ihnen in kollegialer Zusammenarbeit zu gestalten!

Moritz Peter Haarmann

· Informationen · Planungen · Aktionen · Berichte ·

Bremen



Zweites „Bremer Gespräch zur Politischen Bildung“

Zum zweiten Mal fand am 19. November 2013 das „Bremer Gespräch zur Politischen Bildung“ statt, zu dem neben dem Landesverband der DVPB das Zentrum für die Didaktiken der Sozialwissenschaften (ZeDiS) der Universität Bremen eingeladen hatte. Teilnehmende und Organisatoren blickten auf eine gelungene Veranstaltung zurück, die zum Austausch von Praxis und Wissenschaft genutzt wurde.

Im KonferenzCentrum der Sparkasse Bremen setzten sich Studierende, Referendare_innen, Lehrer_innen und Wissenschaftler_innen mit dem Vortragsthema „politisch-ökonomische Bildung“ auseinander, über das Prof. Dr. Reinhold Hedtke (Universität Bielefeld) referierte. Leitende Fragen waren dabei unter anderem: Was heißt politisch-ökonomische Bildung? Welches Wissen steckt im Bildungsplan? Wo passen Politik und Wirtschaft gut zusammen? Prof. Hedtke legte verschiedene Ausgangspunkte, Positionen, Interessen und Inhalte zum kontroversen Thema dar und

kam zu dem Zwischenfazit: Es gibt einen Pluralismus der politisch-ökonomischen Bildung. Dieser sollte dabei immer hinsichtlich seiner Sinnhaftigkeit für das Bildungsziel einer social science literacy befragt werden. Eine Hilfe könnte dabei eine Basisstruktur durch Raster sozialwissenschaftlicher Konzepte darstellen, so Prof. Hedtke. Mittels eines entsprechenden Vorgehens könnten wirtschaftliche Themen im Unterricht analysiert sowie ökonomische Phänomene und Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und so der Bildungswert von Gegenständen ökonomischer Bildung umfassend erschlossen werden.

Im Anschluss an den kompakten Vortrag diskutierten die Studierenden, Referendare_innen, Lehrer_innen und Wissenschaftler_innen interessiert über persönliche und bildungspolitische Optionen im Umgang mit politisch-ökonomischer Bildung, besonders vor dem Hintergrund des Bremischen Bildungsplans.

Die Verbindung von fachdidaktischer Expertise und bildungspolitischen Voraussetzungen wurde von den Teilnehmenden



Prof. Dr. Reinhold Hedtke führte in grundlegende Fragen politisch-ökonomischer Bildung ein. Foto: Luisa Lemme, DVPB

den als Gewinn empfunden. So resümierte eine Studentin: „Da viel und auch intensiv über die Lehrpläne gesprochen wurde, denke ich, dass der Vortrag einen guten Überblick über das Thema geschaffen hat“. Ein Kommilitone von ihr bilanzierte: „Ich fand an seinem [Prof. Reinhold Hedtkes] Vortrag am wichtigsten, dass er die besondere Bedeutung der Ökonomie für den Alltag und den Politikunterricht heraus gestellt hat. Dabei bezog sich Hedtke vor allem auf Kategorien, wie beispielsweise die Berufswahl, die

zeigen, dass sich politische und ökonomische Aspekte überschneiden und somit zusammen gehören.“

Wir freuen uns auf das nächste Bremer Gespräch! Weitere Informationen unter www.dvpb-bremen.de

Julia Neuhoof, Landesverband

Nordrhein-Westfalen



Mitgliederversammlung: Personelle Veränderungen im Landesvorstand

Auf der Mitgliederversammlung im Anschluss an das Landesforum 2013 standen unter anderem Neuwahlen zum Landesvorstand auf der Tagesordnung. Der Aufruf, sich aktiv in die Verbandsarbeit einzubringen, wurde „erhöht“, so dass der Landesvorstand für die zukünftigen Aufgaben gut aufgestellt ist.

Den geschäftsführenden Landesvorstand bilden Ulrich Krüger (Vorsitzender), Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (stellvertretende Vorsitzende), Iris Witt (stellvertretende Vorsitzende), Ralph Horstkötter (Schatzmeister) und Thorsten Obel (Geschäftsführer).

Im erweiterten Landesvorstand – dem größten seit der Gründung des Landesverbandes NRW – sind aktiv: Helmut A. Bieber, Sven Brehmer, Cornelia Brodersen, Karim Fereidooni, Prof. Dr. Thomas Goll, Frank Langner, Nora Lindner, Uwe Maassen, Dr. Kuno Rinke (Redaktion Politisches Lernen), Hildegard Rühling-Blomert, Dr. Eva-Maria Schauenberg, Rainer Schiffers und Dr. Andrea Szukala. Zwei weitere Mitglieder (Annika Lüscha, Wolfgang Arnold) konnten für die Projekte „Sozialwissenschaften bilingual“ und „Neugestaltung der Homepage“ gewonnen werden.

Die gesetzten Arbeitsschwerpunkte des Landesvorstands sind u. a. die Situation am Berufskolleg, Ausweitung der Fortbildungsangebote sowie die Übergänge zwischen Universität und ZfsL sowie ZfsL und Schule.

Mit den Neuwahlen hat sich eine durchaus nachhaltige personelle Veränderung ergeben – Helmut A. Bieber ist nach vielen Jahren aus dem geschäftsführenden Landesvorstand in die „zweite Reihe“ gerückt und bleibt dem Verband zumindest dort noch einige Zeit aktiv erhalten. Den vielen lobenden Worten für sein unermüdliches Engagement auf der Mitgliederversammlung soll auch an dieser Stelle noch einmal ein „Danke!“ folgen – wohlwissend, dass die Worte die vielen Stunden

der ehrenamtlichen Arbeit nicht aufwiegen können.

*Thorsten Obel,
Landesgeschäftsführer*

Landesforum 2013: Die Europäische Union zwischen Integration und Exklusion

Das Landesforum 2013 der DVPB Nordrhein Westfalen e.V. fand am 19. November in der Ruhr-Universität Bochum statt. Ein abwechslungsreiches Programm mit prominenten Gästen und gut ausgestattete Räumlichkeiten mündeten in einer gelungenen Tagung!

Der Vormittag wurde nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Ulrich Krüger durch einen Impulsvortrag von Prof. Steffen Mau (Universität Bremen) zum Thema „Inklusion und Exklusion im europäischen Raum“ eingeleitet. Hinter diesem „spröden Titel“ verbarg sich ein äußerst interessanter Vortrag, in dem u.a. die Denationalisierung sozialer Ungleichheiten bei gleichzeitiger Verstärkung regionaler Disparitäten herausgestellt wurde. Im Ergebnis wurden „Gewinner“ und „Verlierer“ des „Projekts EU“ deutlich. Eine Kurzform des informativen Vortrages befindet sich als pdf-Datei auf der Home-



Lebendige Podiumsdiskussion über das „Projekt EU“. Teilnehmende (von links nach rechts): Prof. Steffen Mau, Soziologe (Universität Bremen) – Antonios Beys-Kamnarokos, Journalist (Bonn) – Michael Hirz, (Programm-geschäftsführer „Phoenix“) – Dr. Tatjana Zimenkova, Soziologin (Universität Bielefeld).

Foto: David Becker, DVPB NRW e.V.

page der DVPB Nordrhein-Westfalen e.V.

Die anschließende Podiumsdiskussion wurde souverän von Michaels Hirz (Programmgeschäftsführer „Phoenix“) moderiert. Innerhalb der lebendigen Diskussionsrunde wurden verschiedene Innen- und Außen-sichten auf das „Projekt EU“ diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Desintegrationsprozesse

innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten eine kritische Haltung überwog.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmenden zwischen sechs Arbeitsgruppen wählen. Bei den einzelnen Angeboten zu den Themen „Mit freundlichen Grüßen aus Brüssel – Europa spielerisch erleben“, „Quo vadis, Europa?“, „Europa macht Schule an Europaschulen“, „Philosophie in der politischen Bildung am Beispiel Europa Integration oder Exklusion: Über die Rolle der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte“ und „Trübe Wasser“ – Die Arbeit des EU-Parlaments im Comic“ stand jeweils die Schul- und Unterrichtspraxis im Mittelpunkt. Rollenspiele, das Ausprobieren und Diskutieren von Lehr- und Lernmaterialien, die Auseinandersetzung mit Unterrichtskonzepten sowie der gegenseitige Austausch – all das wurde von den Teilnehmern sehr positiv erlebt. Auch die Evaluation der Tagung insgesamt zeigte ein deutlich positives Ergebnis. Kritisch wurde die Dominanz des „Gymnasiums“ angemerkt – Hier ergibt sich ein Aufgabenfeld für den neuen Landesvorstand.

*Ulrich Krüger,
1. Landesvorsitzender*



Prof. Steffen Mau (Universität Bremen) gibt einen Einblick in die regionalen Disparitäten der Europäischen Union

Foto: David Becker, DVPB NRW e.V.

Verband

Brandenburg



Mitgliederversammlung: Neuer Landesvorstand

Auf der Mitgliederversammlung am 7. November 2013 fand die satzungsgemäße Neuwahl des Landesvorstandes statt. Mit großer Mehrheit wurden Dieter Starke (1. Vorsitzender), Dr. Rosemarie Naumann (2. Vorsitzende), Michael Fardun (Schatzmeister) sowie als Beisitzer/innen Vincenzo Navarra, Dr. Martina Panke und Heidelind Uhlig gewählt.

Dieter Starke bedankte sich in Namen des neu gewählten Vorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach sich auch weiterhin mit ganzer Kraft für die Belange der Politischen Bildung in Brandenburg einzusetzen. Da Mitglieder aus Hochschulen, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Einrichtungen der außerschulischen Politischen Bildung im Vorstand vertreten sind, ist der neue DVPB-Landesvorstand für die künftige Arbeit breit aufgestellt.

Ausblick: Juniorwahl parallel zur Landtagswahl 2014

Nach 2004 und 2009 wird im September 2014 bereits zum dritten Mal unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten eine Juniorwahl parallel zur Landtagswahl in Brandenburg stattfinden.

Bereits über 1 Million Schülerinnen und Schüler haben seit 1999 vor anstehenden Landtags-, Bundestags- und Europawahlen an der Juniorwahl teilgenommen. Damit gehört das Projekt als „Lernort Demokratie“ zu den erfolgreichsten Schulprojekten in Deutschland.

Im Rahmen der Wahl zum Brandenburger Landtag 2014 sind die weiterführenden Schulen ab der Klassenstufe 7 aufgerufen, an der Juniorwahl teilzunehmen.

Eine intensive Vorbereitung auf die Juniorwahl erfolgt, indem das Thema „Demokratie und Wahlen“ im Schulunterricht – durchschnittlich sechs bis acht

Stunden – behandelt wird. Hierfür stehen den Lehrerinnen und Lehrern zahlreiche Unterrichtsvorschläge zur Landtagswahl 2014 zur Auswahl. In Fortbildungsveranstaltungen werden Lehrerinnen und Lehrer auf das Schulprojekt vorbereitet: am 9. Mai in Potsdam, am 19. Mai in Cottbus und am 2. Juni in Neuruppin.

Höhepunkt für die Schülerinnen und Schüler ist die Wahlhandlung im Wahlbüro in der Woche vor der Landtagswahl. Vorbereitet wird die Wahl von den Schülerinnen und Schülern selbst. Sie bilden einen Wahlvorstand, führen das Wählerverzeichnis, verteilen Wahlbenachrichtigungen und richten mit Wahlkabinen das Wahllokal ein. Das Wahlergebnis wird am Wahlsonntag um 18:00 Uhr auf www.juniorwahl.de veröffentlicht. Somit ist die Juniorwahl ein handlungsorientiertes Programm zur Politischen Bildung an Schulen. Es gewinnt an Bedeutung, da durch die Senkung des Wahlalters erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren an der Wahl zum Landtag Brandenburg teilnehmen werden. Diese jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger zu ermutigen und zu befähigen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen, ist nicht nur das Anliegen der Juniorwahl, sondern auch des Landtages Brandenburg, des Aktionsbündnisses Tolerantes Brandenburg, des DVPB-Landesverbandes Brandenburg sowie vieler weiterer Unterstützer. Zahlreiche Vereine, Kampagnen („Mach's mit 16“), Aktionen und Initiativen in der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung werden das Jahr 2014 zum „Jahr der Partizipation“ im Zeichen der Mitbestimmung und Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen machen.

Weitere Informationen zur Juniorwahl finden Sie im Internet unter www.juniorwahl.de

*Dr. Rosemarie Naumann,
2. Landesvorsitzende
Dieter Starke,
1. Landesvorsitzender*

Thüringen



Landesverband legt Themenschwerpunkt 2014 auf „Partizipation“

Die regelmäßigen Veranstaltungen des Landesverbandes Thüringen werden im Jahr 2014 unter dem Themenschwerpunkt „Partizipation“ stehen. Dies beschloss der Landesvorstand auf seiner letzten Sitzung am Dienstag, dem 21.01.2014.

Gründe dafür sind zum einen die bevorstehenden Landtagswahlen in Thüringen und die Europawahl, aber auch das Erscheinen des neuen „Thüringen-Monitors“ in diesem Jahr.

Als Veranstaltungshöhepunkte zu diesem Thema seien genannt:

- das „Politikdidaktische Kamingespräch“ zu Perspektiven Politischer Urteilsbildung, das am Dienstag, dem 25.02.2014 im Gasthaus „Zur Noll“ in Jena in der Oberlängengasse stattgefunden hat,
- der „Tag der Politikwissenschaft“ und Lehrpolitiktage an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena am 05.06.2014 mit Vorträgen und Workshopangeboten und
- die „Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung“ im November 2014.

Zudem plant der Landesverband vom 26.-28.09.2014 eine Kooperationsveranstaltung mit den Landesverbänden aus Sachsen und Sachsen-Anhalt in der Gedenkstätte Buchenwald in Weimar. (siehe Programmentwurf)

Aktuelle Termine sowie die Protokolle aller Veranstaltungen und Treffen sind jederzeit auf der Homepage des Landesverbandes unter <http://www.dvpb-thueringen.de> einzusehen.

*Toralf Schenk,
2. Landesvorsitzender*

Landesverband schreibt zum fünften Mal Abiturpreis aus

Im Zuge unserer Arbeit als Landesvorstand sind wir besonders daran interessiert, junge Menschen für die aktive Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle zu gewinnen und sie dazu zu ermutigen, sich aktiv für die politische Bildungsarbeit einzusetzen. Deshalb schreibt der Landesverband Thüringen 2014 zum fünften Mal in Folge einen Abiturpreis aus, mit dem besonderes schulisches oder außerschulisches Engagement von Schülerinnen und Schülern der Abiturstufe im Bereich der Politischen Bildung ausgezeichnet werden soll.

Im vergangenen Jahr wurden Theresa und Rebecca Peter vom Staatlichen Gymnasium „Wilhelm von Humboldt“ in Nordhausen im Rahmen der Abiturfeier geehrt.

Damit wurden die zahlreichen ehrenamtlichen außerschulischen Aktivitäten der beiden Gymnasiastinnen sowie ihre herausragenden schulischen Leistungen gewürdigt. Unter anderem verfassten die beiden Schülerinnen eine bemerkenswerte Seminarfacharbeit zum Thema „150 Jahre Sozialdemokratie in Thüringen“. Auch 2014 bittet der Landesverband der DVPB alle Bildungsträger in Thüringen, ihm Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs 2014 mitzuteilen, die sich durch hervorragende Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und ein hohes ehrenamtliches Engagement auszeichnen (z.B. im Rahmen der Schülermitverwaltung).

Das schulische und gesellschaftliche Engagement der Abiturientinnen und Abiturienten wird im Rahmen einer Feierstunde im Thüringer Landtag am 8. Juli, um 11.30 Uhr, durch die Landtagspräsidentin Frau Birgit Dietzel besonders gewürdigt. Die Geehrten erhalten zudem eine Urkunde, einen Büchergutschein und eine kostenlose einjährige Mitgliedschaft im Landesverband.

Der Landesverband bittet alle Schulen darum, ihre Kandidaten-vorschläge per Mail bis zum 31.05.2014 an die E-Mailadresse dvpb-online@gmx.de mitzuteilen.

*Toralf Schenk,
2. Landesvorsitzender*

Kooperations- veranstaltung mit dem Förderprogramm „Demokratisch Handeln“

Auch in diesem Jahr kooperiert der Landesverband der DVPB mit dem Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ im Rahmen der Lernstatt Demokratie. Die diesjährige Fachtagung des Wettbewerbes „Demokratisch Handeln“ findet am 27. und 28. März in der Imaginata in Jena statt.

Die Initiatoren der Fachtagung, das Förderprogramm Demokratische Handeln, das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik und der Landesverband der DVPB Thüringen begrüßen dazu zahlreiche Schülergruppen aus Thüringen, die ihre Projekte der vergangenen Lernstatt-Ausschreibungen präsentieren werden.

Der Landesverband der DVPB wird dazu am ersten Veranstaltungstag einen Workshop zu „Perspektiven demokratischer Schulkultur“ anbieten, in dem ausgehend vom Verständnis der Demokratie als Lebensform, die Schülergruppen ihre Projekte, z.B. zu den Themen der Schülermitwirkung in der Schule, Umgang mit Regionalgeschichte und der aktiven Gestaltung der Lebensumwelt vorstellen und diskutieren werden. Am zweiten Tag haben alle Teilnehmer die Möglichkeit, selbst neue Impulse für zukünftige Projekte zu gewinnen. Sie können hier aus verschiedenen Lernangeboten Anregungen für die aktive Gestaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft mitnehmen.

*Toralf Schenk,
2. Landesvorsitzender*

Bayern

Jahrestagung des Landesverbandes zum Themenkomplex „Wahlen – Jugend – Medien“

Auf dem Höhepunkt der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen befasste sich die Jahrestagung 2013 des bayerischen Landesverbandes mit einem Rückblick auf das Wahljahr 2013 in Bayern und im Bund und den speziellen Aspekten von Jugend, Wahlen und Medien. Die Tagung fand in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 22.-24. November 2013 in der Franken-Akademie Schloss Schney statt. Tagungsleiter waren der Landesvorsitzende Prof. Dr. Armin Scherb und der zweite Landesvorsitzende Dr. Michael Schröder.

Nach der Begrüßung durch die Tagungsleitung setzte sich der Erlanger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinrich Pehle kritisch mit dem neuen Bundeswahlrecht auseinander. Wichtig sei der Maßstab, ob ein Wahlsystem seine Funktionen erfülle. Diese seien: Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit und Legitimität. Pehle zeigte sich im Ergebnis skeptisch: Im Endeffekt habe die neue Berechnung dazu geführt, dass bei der Bundestagswahl 2013 angesichts von vier Überhangmandaten, die ohnehin auszugleichen waren, insgesamt noch 29 Ausgleichsmandate verteilt werden mussten. Als problematisch empfand es Pehle zudem, dass bei der Bundestagswahl 2013 eine bislang ungekannt hohe Zahl von Stimmen unter den Tisch fiel: Nachdem zwei Parteien – die FDP und die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,8 bzw. 4,7 Prozent der Zweitstimmen – denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, blieben insgesamt 6,8 Millionen Zweitstimmen ohne parlamentarische Repräsentation. „Ist die Fünf-Prozent-Klausel also (noch?) angemessen?“ fragte Pehle vor diesem Hintergrund. Der Politikwissenschaftler plädierte für die Rückkehr zum Einstimmensystem mit personalisierter Verhältniswahl: Das sei ein Wahlsystem, bei dem die Wähler wüssten, was mit ihren Stimmen geschehe, das die Gleichheit der Wahl gewährleiste und Absurditäten wie das negative Stimmengewicht vermeide.



Der zweite Veranstaltungstag wurde durch einen Vortrag des Allensbacher Meinungsforschers Thomas Petersen eröffnet: Der Demoskop zeigte, dass das Institut für Demoskopie Allensbach seit Oktober 2012 einen kontinuierlichen Abstieg von SPD und Grünen gemessen hatte. Gleichzeitig startete die von Kanzlerin Merkel angeführte schwarz-gelbe Koalition eine Aufholjagd – und das, obwohl die Berichterstattung über die Koalition in den Medien überwiegend negativ war. Aber: „Vier Jahre mediales Trommelfeuer gegen die Regierung bewirkten nichts“, resümierte Petersen. Eine Wechselstimmung innerhalb der Bevölkerung sei nicht auszumachen gewesen. Die Mehrheit habe überwiegend sehr zufrieden bzw. zufrieden in ihre Zukunft geblickt. Und so wurde der Wahlkampf unaufgeregt – keine Rede von „Schicksalswahl“. Angela Merkel wurde als sehr starke Kanzlerin wahrgenommen und Peer Steinbrück war 2013 nicht stärker in der Wahrnehmung des Publikums als Frank-Walter Steinmeier im Jahr 2009. Die immer wieder veröffentlichte Prognose „Die Union gewinnt die Wahl“ machte nach Einschätzung Petersens allerdings die Unions-Anhänger „schläfrig“. Er kennzeichnete das gesellschaftliche Klima im Deutschland des Jahres 2013 als „Ermattung politischer Hitzigkeit“.

Anschließend beschäftigte sich der Tutzingener Akademiedozent Dr. Michael Schröder mit der Einstellung von Jugendlichen zu Medien und ihren Informationen über Politik. Aus mehreren aktuellen Forschungen und Studien las er heraus: „Ungeachtet der durch die digitalen Medien stark gestiegenen Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren, hat das subjektive Gefühl eines guten Informationsstandes aber abgenommen.“ Medien- und Meinungsvielfalt führten nicht automatisch zu besserer Information. Laut aktuellen Erhebungen ist das Internet mit 49 Prozent bei den 14-29-Jährigen mit Abstand das wichtigste Medium zur Informationsgewinnung, gefolgt vom Fernsehen mit 26 Prozent. Bei den formal höher Gebildeten hat das Internet mit 35 Prozent mittlerweile das Fernsehen als wichtigstes Informationsmedium abgelöst (25 Prozent).

Am Nachmittag des zweiten Veranstaltungstages stellte Jana Wilkens vom gemeinnützigen Verein „Kumulus“ das bundesweite Projekt „Juniorwahl“ in Berlin vor. Bei der Bundestagswahl 2013 haben über eine halbe Million Schüler an über 2000 Schulen daran teilgenommen. Dass die Juniorwahlen deutliche Effekte der Politischen Bildung zeigen, belegen die Ergebnisse der Begleitforschung: Es gebe mehr politische Diskussionen und das politische Interesse steige an. Beteiligte Jugendliche würden mehr Tageszeitungen lesen. Der Anteil der Nichtwähler geht zurück und sogar die Wahlbeteiligung der Eltern steige an. Bedauerlich sei, dass das Projekt bislang in Bayern nicht gefördert werde. Weder das Kultusministerium, noch der Landtag oder die Landeszentrale für politische Bildung hätten finanzielle Unterstützung angeboten. Immerhin werde über das Angebot informiert, so dass sich 200 bayerische Schulen beim letzten Mal beteiligt hätten. Für die Junior-Europa-Wahlen 2014 können sich interessierte Lehrkräfte und Schulen noch anmelden.

Im Rahmen einer Diskussionsrunde mit Abgeordneten des Bayerischen Landtages, die den dritten Veranstaltungstag einleitete, setzte sich die Landtagsvizepräsidentin Ulrike Gote von den Grünen für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Sie beklagte ebenso wie ihr Parlamentskollege Christoph Rabenstein von der SPD das Elend der Politischen Bildung an den Gymnasien in Bayern und forderte: „Demokratie muss auch an der Schule gelebt werden.“ Beide forderten eine inhaltliche und organisatorische Neuaufstellung der Landeszentrale für politische Bildung, äußerten aber gleichzeitig die Befürchtung, dass eine größere Unabhängigkeit dieser Einrichtung von der Staatsregierung angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse in Bayern wohl nicht durchsetzbar sei.

*Michael Schröder,
2. Landesvorsitzender*

Verband

Sachsen-Anhalt



Gute Vorzeichen für die Verbandspolitik im Bundesland

Sehr zu unserer Freude konnte die gute Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung nach der Berufung von Herrn Maik Reichel zu deren Direktor im Jahr 2013 kontinuierlich fortgeführt werden.

Herr Reichel wurde 1971 in Weißenfels geboren und ist seit dem in Sachsen-Anhalt zu Hause. Der verheiratete Vater dreier Söhne studierte nach dem Abitur Geschichte und Kunstgeschichte an der Martin Luther Universität Halle/Wittenberg.

Sein Studium schloss er mit dem Magister Artium ab. Während seiner beruflichen Karriere war er Leiter des Museums Lützen sowie Prokurator der Stiftung Schulpforta. Nicht zuletzt durch sein langjähriges politisches Engagement im Kreistag des Burgenlandkreises, als Bürgermeister der Stadt Lützen sowie als MdB (2005-2009) ist er für den Landesverband ein kompetenter Ansprechpartner.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband der DVPB und der LZpB Sachsen-Anhalt ist seit vielen Jahren intensiv und gewinnbringend. So trifft sich der Landesvorstand regelmäßig in den Räumen der Landeszentrale am Schleinufer in

Magdeburg zur Vorstandssitzung. Es gehört zur guten Tradition, dass der Hausherr als Gast des Vorstandes eingeladen wird und mit ihm die relevanten Themen diskutiert werden. So ist ein schneller Informationsfluss gewährleistet.

Zur guten Tradition ist es auch geworden, dass die jährlich stattfindenden Politiklehrtage des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam vorbereitet werden. Nach einer oft sehr streitbaren ersten Ideenfindungsphase wird gemeinsam an den einzelnen Programmpunkten gefeilt, so dass die Resonanz der Teilnehmenden in der Vergangenheit sehr positiv war.

Herr Reichel wurde während dieser Planungsphase im Jahr 2013 in sein Amt berufen und war vom ersten Tag an für uns ein engagierter Partner. Gemeinsam konnten wir ein Programmangebot unterbreiten, das sich an den

Wünschen der Teilnehmer des Jahres 2012 orientierte.

2013 wurden wir allerdings durch sehr geringe Anmeldezahlen für die Politiklehrtage überrascht – deshalb musste die Veranstaltung letztes Jahr leider abgesagt werden. Gegenwärtig sind wir dabei, gemeinsam die Ursachen für die geringe Resonanz zu erforschen. Neben den Politiklehrtagen entwickeln wir auch neue Formate, um die Politische Bildung in Sachsen-Anhalt voranzutreiben. So gibt es beispielsweise erste Ideen für einen Wettbewerb, der politisches Engagement Jugendlicher in den Focus stellen soll.

Wir freuen uns auf die Fortführung der inspirierenden Zusammenarbeit mit der LZpB und wünschen Herrn Reichel weiterhin viel Erfolg bei deren Leitung!

Annette Adam,
1. Landesvorsitzende

Niedersachsen



Tagungsbericht: Krieg und Frieden. Das „Supergedenkjahr“ 2014 als Ansatzpunkt für historische und politische Bildung

Die 4. Fachdidaktische Tagung für Geschichte und Politik, zu der die DVPB-Niedersachsen in Kooperation mit dem Geschichtslehrerverband, dem Kultusministerium und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eingeladen hatte, fand am 6. und 7. Februar in Hannover statt und war mit 200 Teilnehmern ausgebaut. Mit der Themenstellung „1914 – 2014. Krieg und Frieden. Von der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts zu den Herausforderungen der Gegenwart“ war das Tagungsprogramm 100 Jahre nach der Auslösung des Ersten Weltkrieges auf eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen von Krieg und Frieden ausgerichtet.

Inhaltliches Ziel des historisch geprägten Teils der Tagung war es, die Erinnerung an die Ereignisse der Weltkriegsepochen zu beleben und die überragende historisch-politische Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die Entwicklung im 20. Jahrhunderts in gesamteuropäischer Perspektive herauszustellen.

Im Tagungsteil der Politischen Bildung sollten dann die Herausforderungen der Gegenwart im Hinblick auf die „Neuen Kriege“ und die „Perspektiven für eine friedliche Welt“ im 21. Jahrhundert thematisiert werden. Dazu sollte der Wandel in den Denkansätzen und -modellen auf (inter-)nationaler Ebene sowie in didaktisch-methodischen Konzepten für den Politikunterricht vorgestellt und diskutiert werden.

Am ersten Tagungstag standen die Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges auf der Grundlage der aktuellen Geschichtsforschung im Vordergrund. Im Eröffnungsreferat stellte Prof. Gerd Krumeich (Düsseldorf) die aktuelle Debatte um die Kriegsschuldfrage und seine Folgen für das politische Bewusstsein der Deutschen in der Nachkriegszeit in den Mittelpunkt. Dieses Thema griff dann der in Berlin lebende Franzose Prof. Francois auf, um auf nationale Narrative, dem Mythos Versailles, näher einzugehen.

Prof. Helmut Bley aus Hannover richtete dann seinen Blick auf die Weltwirkung des Ersten Weltkrieges bezüglich der Umwälzungen im Nahen Osten, eine Perspektive, die gerade auch aus aktuellem Anlass für Politikleh-

rer/Innen von Interesse ist. Das galt auch für Prof. Hans-Heinrich Nolte (Hannover), der den Ersten Weltkrieg und die Russische Revolution als Wurzeln der politischen Weltblöcke untersuchte.

An beiden Tagen wurden auch Unterrichtsideen zur Thematik vorgetragen und diskutiert, so etwa zu den sozialen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in Deutschland von Dr. Amrei Stupperich und Dr. Martin Stupperich.

Die am zweiten Tag parallel stattfindenden politischen Vorträge sollten den Blick mehr auf die Gegenwart und Zukunft lenken.

Den Anfang machte Frau Dr. Julia Harfensteller (UN Studies Association, Berlin) mit einem Vortrag über „Das Friedenskonzept der Vereinten Nationen im Wandel“. Dabei gelang es ihr, den Wandel für den Politikunterricht grafisch übersichtlich und nachvollziehbar zu gestalten.

Prof. Ulrich Schneckenner (Osnabrück) untersuchte danach die Chancen und Probleme einer Weltfriedensordnung. Er verglich die gegenwärtigen Trends in der Weltordnungspolitik in drei Szenarien aus politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive, ein Ansatz, der inhaltlich gut zu den Anforderungen der EPA passt.

Der dritte Vortrag von Dr. Bernhard Rinke (Osnabrück) gab mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr einen hoch aktuellen

Überblick über den Beitrag Deutschlands zur internationalen Friedenssicherung.

Manfred Quentmeier (DVPB-Niedersachsen) gelang anschließend aus der Perspektive eines Lehrers und Fachleiters eine kritische fachdidaktische Auseinandersetzung mit den neuen Basis- und Fachkonzepten. Er stellte mit einem sozialwissenschaftlich orientierten Ansatz ein inhaltliches Gesamtkonzept der Politischen Bildung bis zum Abitur vor, das die Anforderungen der EPA in den Lernbereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht berücksichtigt.

Schließlich bot auch Uli Jäger von der Berghof-Foundation/ Institut für Friedenspädagogik Tübingen neue Ideen an, mit denen die friedenspädagogische Arbeit in Schule und Erwachsenenbildung als Erziehung zum Frieden besser bewältigt werden kann.

Die DVPB-Niedersachsen wird alle Vorträge des politischen Schwerpunkts in der nächsten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Politik unterrichten“ (H. 1/2014) veröffentlichen.

Dr. Hans-Joachim Reeb,
Landesverband

Manfred Quentmeier,
2. Vorsitzender des
Landesverbandes

Rezensionen

Neue Literatur – kurz vorgestellt

Gespräch mit einem Buch

Kerstin Pohl: Gesellschaftstheorie in der Politikdidaktik. Die Theorierezeption bei Hermann Giesecke. 2. korrigierte Auflage, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2014, 447 Seiten, 49,80 Euro.

Kerstin Pohl hat für ihre Dissertation 2013 den Ursula-Buch-Preis der GPJE (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung) erhalten. Diese Wertschätzung wird durch die Lektüre des gewichtigen Buches bestätigt.

Die Autorin spürt den Theoriebezug Gieseckes in seiner ersten Didaktik von 1965, in der Neuausgabe von 1972 und in seinen späteren Schriften nach. Die grobe Übersicht lautet so: Dahrendorfs Konflikttheorie kann mit der Didaktik von 1965 in Verbindung gebracht werden, die Kritische Theorie und ein marxistischer Ansatz mit der Fassung von 1972 – während die dritte Phase als Abwendung von sozialwissenschaftlicher Theorie gekennzeichnet wird. Es schließt sich ein Fazit der Autorin an, in dem sie mögliche Wege der Verbindung von Fachdidaktik und sozialwissenschaftlichen Theorien skizziert.

Die Spurensuche ist für alle, die an solchen Fragen der Entstehung und Entwicklung fachdidaktischer Konzeptionen – hier ist es die Konfliktorientierung – interessiert sind, eine große Hilfe. Denn die Autorin verfährt ungewöhnlich verantwortlich: Sie geht den Hinweisen Gieseckes auf andere Autoren nach, indem sie nicht nur unterschiedliche Stellen bei Giesecke zusammen sieht, sondern sie prüft auch deren Angemessenheit in der Originalliteratur nach (bis hin zur Richtigstellung von Fehlern, z.B. S. 333, Fn. 413). So wird beispielsweise der Zusammenhang einer gesellschaftskritischen Argumentation von Abendroth zu Habermas und dann zu Giesecke entfaltet und kritisch betrachtet (S. 47ff.). Hier findet keine schnelle Zitate- und Namensammlung statt, sondern hier wird theoretisch und auch philologisch korrekt verfahren. An diese Beobachtung schließt sich meine erste Frage an.

Kerstin Pohl hält den Bezug von Gieseckes Konfliktorientierung auf Ralf Dahrendorfs Konflikttheorie für insgesamt eher schwach (S. 89-98, 133f.) und widerspricht damit Teilen der fachdidaktischen Rezeption (S. 19-24, 135). Nur: der Beleg über relativ wenige explizite Aussagen bei Giesecke erfasst zwar diese ausdrücklichen Verbindungen, aber diese philologische Verbindung kann nicht die Selbstverständlichkeiten der damaligen Zeit und ihrer Theorie-Diskussionen erfassen. Ich behaupte: Wir Sozialwissenschaftler hatten alle (oder fast alle) Ralf Dahrendorf gelesen, die wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussionen verwiesen häufig auf ihn, auch wenn kein ausdrücklicher Literaturverweis erfolgte und wenn vielleicht der Bezug gar nicht bewusst war. Die Bedeutung Dahrendorfs für die sozialwissenschaftliche und politische Diskussion in der Bundesrepublik der 60er und 70er Jahre kann kaum überschätzt werden, wie auch Kerstin Pohl betont (S. 42). Das ändert nichts an ihren Befunden, ordnet sie aber anders ein. (Ähnliches gilt für ein Detail wie den Verweis auf Schelskys nivellierte Mittelstandsgesellschaft, S. 110; auch das war Allgemeinut.) Der Begriff der „Rezeption“ benennt meines Erachtens mehr als die bewusste und explizite Aufnahme von Texten.

Die Sammlung und Bewertung der Kritiken an Gieseckes elf Kategorien zeigt die Reichhaltigkeit der Diskussionen und setzt Maßstäbe für Rezeption und Verarbeitung. Meine zweite kritische Beobachtung betrifft die Kategorie der „Macht“: Ich fand immer merkwürdig, dass die fachdidaktische Kritik kaum Gieseckes mangelnde Rezeption von Max Weber betonte, denn der Unterschied von „Macht“ und „Herrschaft“ mit ihren drei Typen legitimer Herrschaft ist analytisch fruchtbar und Lernenden greifbar. Diese Kritik spielt bei Kerstin Pohl im ersten Zugriff (S. 93f., 103) eine Nebenrolle, ist aber gegen Ende (S. 419) ein zentraler Punkt. Dieses „Defizit“ als „zeitbedingt“ zu verorten, ist aber verfehlt, denn für Soziologen war Max Weber in der Regel Pflichtlektüre.

Die Neuausgabe von Gieseckes Konfliktdidaktik im Jahre



1972 wird daraufhin geprüft, wie die Kritische Theorie und marxistische Ansätze bei Giesecke auftauchen. Auch hier wird zuerst der Theorie-Kontext aufgespannt und dann der Bezug bei Giesecke untersucht. (Glücklicherweise werden viele weiterführende und differenzierende Hinweise in die Fußnoten gelegt, damit der Hauptgang der Argumentation lesbar bleibt.) Für jede(n), die oder der mit der erwähnten Literatur vertraut ist (vielleicht auch für andere), ist die Lektüre ein Vergnügen. Die gründliche und kritische Sichtung ruft die Diskussionen wach, die für politische Bildung wichtig waren. Junge Lehrer mussten sich damit auskennen, weil sie damals bei Eltern, Kollegen und Schülern auf Ängste und Verdähte stoßen konnten.

Kerstin Pohls Untersuchung des Niederschlags der Kritischen Theorie in der Neuausgabe der Didaktik 1972 zeigt eine „Vermengung verschiedener gesellschaftstheoretischer Versatzstücke“ (S. 322), weil eine aufwändige marxistische Grundlegung „zunehmend durch pluralistische Gedanken überlagert wird“ (a.a.O.). Diese Inkonsistenzen werden von Kerstin Pohl an vielen Beispielen demonstriert und belegt. An dieser Diagnose der theoretischen Widersprüchlichkeiten oder Unschärfen gibt es nichts zu rütteln. Aber: Was sagt das?

Die Autorin kritisiert die gezeigten Inkonsistenzen heftig, und zwar mit zwei Argumenten: Sie hält – erstes Argument – die theo-

Magazin

retischen Inkonsistenzen für „nicht mehr tolerierbar“, und zwar auch „dann nicht, wenn man bei einer didaktischen Konzeption nur ‚reduzierte‘ Ansprüche zugrunde legt“. (S. 326) Das zweite Argument betrifft Gieseckes Aussage, dass sein formales Kategorienmodell „erst durch die richtige Anwendung und im Zusammenhang mit dem eigenen Theoriewissen der Lehrerinnen und Lehrer inhaltlich gefüllt werde“ (S. 322). Damit übertrage Giesecke „die Legitimation politischer Bildung dem individuellen Lehrer“ (S. 322), was bedeute, dass er sich „aus der Verantwortung stiehlt“ (a.a.O.). Hier wird eine direkte Verbindung von gesellschaftstheoretischen Ansätzen mit didaktischer Konzeption postuliert (was es gleich zu befragen gilt). Der Vorwurf lautet insgesamt, dass es Giesecke in der neuen Ausgabe „nicht gelungen ist, auf der Grundlage der neuen gesellschaftstheoretischen Überlegungen eine in sich konsistente und dadurch wissenschaftlich akzeptable didaktische Konzeption vorzulegen“ (S. 374). Gefordert werden also immanente Konsistenz der Gesellschaftstheorie und eine konsistente Beziehung zwischen Gesellschaftstheorie und Didaktik.

Meine dritte kritische Frage betrifft nicht die Forderung nach innerer Theorie-Konsistenz (mir scheint, das könnte man manchmal auch lockerer sehen), sondern die Forderung nach der Theorie-Praxis-Konsistenz, wobei als Theorie(n) Gesellschaftstheorien verstanden werden. Die Entstehung der kategorialen Konflikt-Didaktik von Giesecke widerspricht diesem Postulat. Kerstin Pohl schildert die Tätigkeit von Giesecke in der außerschulischen Jugendarbeit, für die überhaupt erst Zugänge für die politische Bildung gefunden werden mussten. So diente die Spiegel-Affäre 1962 als Beispiel für einen aktuellen Konflikt, dem motivierende Kraft für das Erkennen-Wollen innewohnte und der durch Kategorien analysiert werden konnte. Das praktische Vorgehen hatte sich bei den Lehrgängen herausgebildet und war durch Diskussionen reflektiert worden (S. 123). Nach einer Aussage Gieseckes hat er erst später Dahrendorf gelesen und dabei Bestätigung gefunden (S. 123f.). Also: „Giesecke hat sowohl seinen kategorialen didaktischen Ansatz als auch die Konzentration auf politische Konflikte ... aus der Reflexion seiner praktischen Arbeit entwickelt.“ – so Kerstin Pohl, die hierfür zahlrei-

che Stellen anführt. Mir ist nicht ersichtlich, wieso dieser Strang nicht zum leitenden Gesichtspunkt der Kritik an Giesecke wird.

Eine Konsistenz von Gesellschaftstheorie und Didaktik-Konzeption ist nicht notwendig, denn fachdidaktische Zugänge sind aus guten Gründen mit unterschiedlichen theoretischen Zugriffen kompatibel. Diese Gründe sind in der Situation des Lehrer-Handelns in der öffentlichen Schule für das Bildungsinteresse lernender Subjekte gegeben. Soziale Praktiken haben auch als Berufs- oder Professionshandeln eigene Dignität und können nicht aus (lediglich) Gesellschaftstheorien deduziert werden. So gehen auch Walter Gager und Tilman Grammes – ausweislich der Darlegungen von Kerstin Pohl – mit dem Ansatz um. Diese Autoren sind die beiden in der großen Schar der Kritiker, die einen genuin didaktischen Blick auf die didaktische Konzeption werfen. Gager minimiert danach die theoretischen Widersprüche und verweist auf Gieseckes Ansatzpunkt bei subjektiven Erfahrungen der Lernenden und nicht bei einem Modell von Gesellschaftsformation (S. 344). Grammes unterscheidet (S. 371, Fn. 462) zwischen einem Argumentationskern, der vorwiegend sozialisationstheoretische Bezüge enthält, und einem argumentativen Schutzgürtel, der der gesellschaftstheoretischen und politischen Diskussion diene. Das ist innovativ, denn dies führt zur Rekonstruktion der didaktischen Konzeption als didaktischer Konzeption!

Der Kern von Gieseckes Konzeption ist die Orientierung am Konflikt als verallgemeinerbare Erscheinung und an Kategorien als Mitteln für die Analyse. Das Problem dieser Didaktik ist, dass Giesecke den Kern nicht ausbuchstabiert hat. Nirgendwo gibt es eine konstruktive Idee für die Struktur des Unterrichts, also die Methode, und auch in seiner „Methodik“ von 1973 findet sich keine Konfliktanalyse in anwendbarer und transferierbarer Gestalt. Die Defizite in Gieseckes politikdidaktischer Konzeption sind also primär nicht gesellschaftstheoretische, sondern politikdidaktische. Giesecke hat in späteren Jahren zudem den Ansatz beim Konflikt mit sog. systematischer Kunde und mit Problembearbeitung vermengt (S. 387f., 405f.).

Hermann Giesecke hat das fachdidaktische Prinzip der Konfliktorientierung begründet. Er hat aber das Prinzip nicht als Integra-

tion der vier Wissensformen des Normativen, des Fachlichen, der Lernerbedingungen und des professionellen Lehrerhandelns entfaltet – das ist eben unsere Aufgabe! Für die Arbeit an dieser Aufgabe hat Kerstin Pohl einen wichtigen Beitrag geleistet, für den ihr Dank gebührt.

Sibylle Reinhardt

Theoretisch anspruchsvoll

Fritz Reheis: Politische Bildung. Eine kritische Einführung, Wiesbaden: VS-Verlag 2014, 158 Seiten, 14,99 Euro.



Auch in seinem neuen Buch weigert sich der Bamberger Sozialwissenschaftler Fritz Reheis (zu Recht), sich in die lange Phalanx derer einzureihen, die mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems zugleich das Nachdenken über die ideengeschichtlichen Grundlagen dieses Systems ad acta gelegt haben.

Für Reheis konstituiert sich politische Bildung in der dialektischen Beziehung von Mensch und Gesellschaft. Die dabei übergeordneten Ziele sind auf der Seite des Individuums Mündigkeit und auf der Seite der Gesellschaft menschenwürdige Verhältnisse. Die politische Realität ist in dieser Dialektik gegeben und zugleich auch der Gestaltungskraft mündiger Menschen aufgegeben, die Anpassungserfordernisse erkennen, so dass das Gegebene durch die Praxis mündiger Menschen „im Prinzip auch überschritten werden kann“. (11) Der Autor knüpft hier an eine ideengeschichtliche Tradition an, die über das formal-freiheitliche und

dem Liberalismus entsprungene Credo hinausgeht und im Begriff der Menschenwürde materiale Mindestbedingungen für die Verwirklichung von Freiheit normativ verankert sieht. (24)

Hier wie an vielen anderen Stellen nutzt Reheis' Einführung, die nach eigenem Bekunden „der Kritischen Theorie der Gesellschaft verpflichtet“ ist (148), das heuristische Potential Marxscher Kategorien. So erläutert er z.B. den „Imperialismus der Ökonomie“ mit seiner kapitalismusimmanenten Verknüpfung von Sachzwang- und Wachstumsideologie im Rekurs auf Marx Argumentationsfigur des „Warenfetischismus“. (9) Im Gegensatz zu den dogmatischen Didaktiken der 1970er Jahre ist die kritische Gesellschaftsanalyse für Reheis jedoch nicht der feststehende Ausgangspunkt, von dem aus sich für die Politische Bildung nur die Option ergibt, Aufklärung zum Zweck der politischen Veränderung zu betreiben. Im Zusammenhang mit der didaktischen Bearbeitung wichtiger Themenfelder weist der Autor darauf hin, dass es ihm darum geht, „die zumeist vom Mainstream beherrschten Bewusstseinsinhalte (...) durch jene kritische Fakten und Argumente zu ergänzen, die einbezogen werden müssen, wenn sich der Lernende am Ende (...) ein eigenständiges Urteil bilden können soll.“ (101) Insofern will Reheis lediglich die Kontroversität gewährleisten, die er offenbar gefährdet sieht. Allerdings sind Reheis' Befürchtungen vielleicht eher das gelegentliche Problem einer defizitären Praxis als der vorliegenden didaktischen Konzeptionen. Denn: Keine derzeit relevante didaktische Position zieht den Pluralismus der Positionen in Zweifel, vor allem auch nicht der Pragmatismus, dem Reheis in seiner Schrift nur im Kontext des Prinzips der Handlungsorientierung besondere Bedeutung beimisst. (88)

In seiner Würdigung der aktuellen Kompetenzdebatte schlägt Reheis Oskar Negts inhaltsbezogenen Kompetenzkatalog vor, der vor dem Hintergrund kritischer Gesellschaftsanalyse neben anderen Kompetenzen die historisch veranlasste Forderung nach „technologischer“, „ökologischer“ und „ökonomischer“ Kompetenz erhebt. (71ff.) Der Autor sieht Negts Kompetenzkatalog als Alternative zu den bislang angebotenen lediglich formalen Angeboten. Deren Formalismus führt er auf die „vielfältige Erfahrung (...) ge-

sellschaftlicher Beschleunigung“ (63f.) zurück. Der Begriff der Beschleunigung ist von zentraler Bedeutung in den Arbeiten von Fritz Reheis. Hier weist er auf eine Entwicklung hin, die es offenbar nicht mehr zulässt, jene Qualifikationen konkret zu beschreiben, „die (...) in Zukunft gebraucht werden.“ (72)

Unklar bleibt dabei, wie Reheis selbst dem Formalismus entgegen will, wenn er den Ausweg in einer „Metakompetenz“ sucht, die durch eine kritische Grundhaltung implementiert wird, unter welcher die Entwicklung eines allgemeinen Unterscheidungsvermögens (71) verstanden werden soll. Diese Metakompetenz unterscheidet sich nach Auffassung des Rezensenten nicht von der in anderen Kompetenzmodellen geforderten (formalen) Politischen Urteilsfähigkeit. Auch Reheis' Metakompetenz stellt gegenüber dem Konkreten das in vielen Situationen und auf viele Gegenstände anwendbare Allgemeine in den Vordergrund, das einen gewissen Grad an Formalisierung aufweisen muss. Dieses Formale darf auch nicht unterschätzt werden, weil in einer praktisch werdenden Metakompetenz wie sie Reheis fordert, performativ durchaus inhaltliche Elemente wie Freiheit, Anerkennung der Person, Gleichheit der Kommunikationsrechte etc. aufscheinen. Überzeugend ist in diesem Zusammenhang der Verzicht des Autors auf die gelegentliche registrierbare Frontbildung zwischen den Basis- und Fachkonzepten einerseits und der kategorialen Bildung auf der anderen Seite. Vielmehr gewinnt der Leser den Eindruck, dass Reheis

hier eine gewisse Komplementarität sieht, mit der der Subjekt-Objekt-Relation im Lernprozess angemessen Rechnung getragen werden kann. (78f.)

Reheis legt mit seiner neuen Publikation eine theoretisch anspruchsvolle Konzeption vor, in der er sich auf einige grundlegende Bausteine einer Theorie der Politischen Bildung beschränkt. Die Lektüre des Büchleins lohnt sich deshalb vor allem für diejenigen, die es noch nicht aufgegeben haben, sich mit dem Sinn ihres Tuns als politische Bildner zu beschäftigen und denen es zu wenig ist, sich mit der x-ten banalen Version eines Berichts über kaum überraschende Ergebnisse der empirischen Fachunterrichtsforschung auseinander zu setzen.

Allerdings fällt der Tenor der resümierenden Schlussbemerkung nach dem Geschmack des Rezensenten zumindest bei der Charakterisierung der Politikdidaktiker zu rigide aus. Reheis unterschätzt möglicherweise die Entwicklung der Disziplin. Diese hat im Anschluss an den Richtungsstreit der Nach-Achtundsechziger zu einer „pragmatischen Wende“ geführt, in der sich gegenwärtig ein Mainstream herausgebildet hat, auf den Reheis' Kritik an einer engen didaktischen Brauchbarkeit und PISA-Tauglichkeit wohl zutrifft. (147) Allerdings scheint er den quantitativ dominierenden Mainstream für das Ganze zu nehmen. Zumindest in einzelnen Fällen hat sich die Politikdidaktik eben nicht auf diese Engführung eingelassen. Seine „kritische Einführung“ ist hierfür selbst ein Beleg.

A.S.

Liebe Leserinnen und Leser,
haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen? Unten finden Sie die Planung für die kommenden Hefte. Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:
36100 Petersberg, Igelstück 5a, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

VORSCHAU

POLIS 2/2014
Wissen und Einstellungen
(erscheint am 1.7.2014)

POLIS 3/2014
USA
(erscheint am 1.10.2014)

POLIS 4/2014
Politisch-ökonomische Bildung
(erscheint am 22.12.2014)

POLIS 1/2015
Friedenspädagogik
(erscheint am 1.4.2015)

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange
(www.dvpb.de)
18. Jahrgang 2014

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)
Prof. Dr. Tim Engartner
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
Prof. Dr. Armin Scherb
Moritz Peter Haarmann

Verantwortlich für diese Ausgabe

Prof. Dr. Tim Engartner
Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

Verantwortlich für die

Verbandspolitische Rundschau
Moritz Peter Haarmann

Herstellung

Susanne Albrecht-Rosenkranz, Opladen

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

Druck

Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 7,40 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 24,80 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2014

Anzeigenleitung

Brigitte Bell
Tel.: 06201 340279, Fax: 06201 182577
brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Postbank Frankfurt/M., Kto. 000 377 0608, BLZ 500 100 60,
IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08, BIC PBNKDEFFXXX

© Wochenschau Verlag

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Der Abonnentenausgabe liegt ein Prospekt des Wochenschau Verlages bei: „Bausteine für besseren Unterricht“

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po1_14

Bildnachweise für die Fotos in den Beiträgen:

S. 10: pixelio/Hartmut910 • S. 15: pixelio/Oliver Klas • S. 16: pixelio/Helene Souza • S. 19: pixelio/Jerzy • S. 21: pixelio/Lara Dengs